

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
24. Dezember 1913

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zeilin (Zunehm), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Erlösung. — Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde. XI. Von
Anna Bloß. — Das Ergebnis. — Die Gewinnung der weiblichen
Jugend. Von Mathilde Wurm. (Schluß.) — Die Frauen und der
Wahlkampf in Italien. Von Angelita Balabanoff. — Arbeitende
Mütter. II. Von Johann Ferch.
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Frauenkonferenz im Be-
zirk Breslau. — Ferienausflüge in Krefeld. — Ferienspaziergänge
für Arbeiterkinder in Chemnitz. — Politische Rundschau. Von H. B.
— Gewerkschaftliche Rundschau. — Arbeitslosenzählung im Deut-
schen Textilarbeiterverband. Von sk. — Von der englischen Textil-
arbeiterchaft. Von sk.
Notizenteil: Dienstabotsfrage. — Frauenarbeit auf dem Gebiet der
Industrie, des Handels- und Verkehrswezens. — Arbeitsbedingungen
der Arbeiterinnen. — Frauensimmrecht. — Die Frau in öffentlichen
Ämtern. — Verschiedenes. — Literarisches.

Erlösung.

Weihnachten in der Zeit der Krise und Teuerung! Der
Proletarierin krampft sich das Herz zusammen. Mag es ihr
selbst auch gegliückt sein, durch ein Übermaß von Arbeit und
Sparsamkeit ihrer Armut ein paar Pfennige abzulisten, da-
mit die Gesichter ihrer Kinder heller strahlen als die Kerzen
am Tannenbaum. Aber da sind die Hunderttausende, denen
es an Brot und Obdach gebricht, und wer weiß, wie bald das
Schicksal dieser Unglücklichen über die Schwelle derer tritt,
die heute noch Verdienst haben.

Scheint es nicht ein böser Spuk, der das arbeitende Volk
in der Nacht ängstigt, die frommer Wahnglaube die heilige
genannt hat? Wäre es wirklich möglich, daß sich in einer Ge-
sellschaft höchster Herrschaft über die Natur ereignet, was dort
unvermeidlich ist, wo der Mensch noch unwissend und hilflos
mit der Härte und Ungunst der natürlichen Umwelt um sei-
nen Unterhalt ringt? Daß Menschen darben, daß Menschen
am Mangel des Notwendigsten zugrunde gehen! Wir sollten
Dampf und Blitz zu unseren Sklaven gemacht haben, die
märchenhafte Schätze schaffen helfen, wir sollten uns in die
Lüste erheben können, aber ohnmächtig sein, auch den letzten
unter uns menschenwürdig zu nähren, kleiden und zu be-
hausen, ihm Leib und Seele in Gesundheit und Kraft zu er-
halten? Das obendrein in einer Gesellschaft, die seit fast 2000
Jahren von dem Christentum beherrscht wird, das von seinen
ersten Anfängen an mit der allgemeinen Gotteskindschaft und
Brüderlichkeit Friede auf Erden und allen Menschen ein
Wohlgefallen verheißen hat.

Und doch! Was Traum und Wahnsinn dünken könnte, ist
Wirklichkeit. Wandern wir in dieser Weihnachtszeit durch die
Geschäftsstraßen der Städte mit ihren unübersehbaren loden-
den Reichthümern, blicken wir in die Gemächer der Besitzenden
mit ihrer Behaglichkeit und Schönheit oder auch mit ihrer
aufdringlichen, häßlichen Pracht, und wir haben diese Wirk-
lichkeit vor uns. Folgen wir dem Glendstrom von Arbeits-
losen, der sich vor den Toren der Morgenblätter, den Bureaus
der Stellennachweise staut, und diese Wirklichkeit steht uns
wieder von Angesicht zu Angesicht gegenüber. Segen wir un-

seren Fuß in die Stätten, darin das arbeitende Proletariat
schafft und wohnt, „in jede Werkstatt, drin es pocht, in jede
Hütte, drin es ächzt“, abermals ist es diese Wirklichkeit, die
uns aus vergnügten, leidenschaftlichen Gesichtern entgegenstarrt.

Der Triumph des Kapitalismus ist der Bankrott des
Christentums als Erlöser von allem Übel. Der Glanz von
Millionen Weihnachtskerzen vermag diese Tatsache nicht zu
verdunkeln, im Gegenteil: er zwingt sie der Erkenntnis auf.

Was singen und klingen die Glocken von Frieden auf
Erden? Lauter als ihre Weihnachtsbotschaft tönt das Hän-
mern und Pochen in den Riesensälen, wo der fromme Be-
kennner christlicher Heilslehren Mordwerkzeuge fabrizieren
läßt, bestimmt, äußere und innere Feinde zu vernichten. Von
Zabern her, mitten im Frieden, schnarrt die Stimme des
freiherrlichen Leutnants, der „seinen“ Leuten eine Prämie
für das Niederstechen von Volksgenossen verspricht; schallt der
Kommandoruf des Obersten, der das bürgerliche Pack mit
der Militärdiktatur züchtigt. Der Imperialismus stampft
über die Welt, rüstungstoll und mordlüstern Christen wie
Mohammedaner und Heiden mit der gleichen Verdammnis
bedrohend.

Allen Menschen ein Wohlgefallen! Die kapitalistischen
Unternehmer, Aktionäre und Finanzfürsten messen mit Schef-
feln den Überfluß nach, den die Arbeit in ihre Scheunen
tragen mußte. Monarchen von Gottes Gnaden — neu- und
altgebundene — freuen sich ihrer erhöhten Zivilliste und der
reichlichen Apanagen ihrer Familienmitglieder. Die Habe-
nichtse, Männer und Frauen, zählen angstvoll die Groschen,
für die sie sich in die Lohnsklaverei verkaufen mußten. Mit
einem unterdrückten Schluchzen stellt das Weib des Arbeiters,
des kleinen Mannes fest, daß die Verteuerung des Lebens-
bedarfs die graue Not als Weihnachtsbesuch ins Heim geführt
hat. Die Kleinen, Geschäftsleute erkennen voll Grauen, daß die
Konkurrenz des großen Nachbarn sie unaufhaltbar an den
Rand der Pleite stößt.

Was ist aus der Gotteskindschaft aller geworden, aus der
christlichen Brüderlichkeit? Der Reiche und Vornehme hat sein
eigenes Gestühl im Tempel seines Gottes, an gutem Platz;
der Arme mag sich hinten in die Ecken drücken. Am Fest der
Liebe schließt sich der christliche Mann von Verstand und Bildung
mit den Seinen ab, nur seinesgleichen ist als gleichberechtigter
Feiertagsgast gern gesehen. Den Diensthofen die Beiseherung
in der Küche, vielleicht aus Herkommen oder Stokerie ein
Endchen von der Weihnachtstafel, fünf Minuten Aufenthalt
bei der „gnädigen Herrschaft“. Vom überquellenden Reichtum
ein paar Mark oder billige Geschenke für die Armen, durch
einen Wohltätigkeitsverein verteilt, unter Lobesposaunen für
die „edlen Geber“ und salbungsvollen Mahnungen für die
Empfänger, die sich der „großen Güte“ würdig erweisen sol-
len. Gnade statt Brüderlichkeit, Almosen statt Recht, das ist
die Praxis der christlichen Lehre und Gesinnung.

Sinter all den Widersprüchen und Lügen, die der Weih-
nachtsbaum beiseht, tritt das Übel aller Übel hervor, das
kein christliches Dogma zu bannen vermochte. Das Privat-

eigentum an den Produktionsmitteln, das einen Abgrund in der christlichen Welt aufreißt, wie es einen Abgrund in der heidnischen Welt des griechisch-römischen Altertums schuf. Sie Ausgebeutete und Beherrschte — die Ausbeutende und Herrschende, mögen sie einander gegenüberstehen als Sklaven und freie Herren, als Leibeigene und feudale Adlige, als Lohnarbeiter und Kapitalisten. Das Gewand hat sich geändert, aber noch immer ist es der Arme, der vom Privateigentum gekreuzigt wird.

Weder der protestantische noch der katholische „Bruder“ fragt danach, daß diesem Märtyrer ein Heiland geboren und gestorben sein soll. Fest wie je soll er heute an das Marterholz geschlagen bleiben, denn schon kündigt sich auf seinen Zügen der bewußte Trotz des Empörers, „der Gott und den Kaiser lästert“. Die Herrschenden zittern vor der Kraft seiner robusten Glieder, und das mit Grund. Dieser Schmerzensmann wird vom Kreuz herabsteigen, weil er des Menschen Sohn und nicht Gottes Sohn ist, nicht ein Idealgebilde, das der Menschheit Phantasie aus inbrünstiger Sehnsucht nach Erlösung schuf, sondern blutvolle Wirklichkeit. Dieser Messias läßt sich nicht vom Himmel hoch hernieder, und kein Gesang von Engelscharen kündigt seine Geburt. Und ob er schon aus niedrigem Stall hervortritt, kommt er mit Schwertklang. Er spottet der Ketten weltlicher Gewalten, und seine Sinne lassen sich nicht von dem Weihrauch religiöser Legenden betäuben. Er kämpft und er wird siegen. Die Stunde der Expropriation der Expropriateure wird das Christfest, die Sonnenwende der befreiten Menschheit sein.

Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde.

Von Anna Bloß.

XI.

Die Frau in der Schulbehörde: Die Einheitschule. — Kindergärten. — Gemeinschaftliche Erziehung der Geschlechter.

Unter dem Einfluß von Kirche und Klassenstaat mußte sich die Volksschule zu dem entwickeln, was sie heute ist, nämlich zur Klassenschule, zur Schule der Armen. Pestalozzi hat das Bildungswesen seiner Zeit mit einem großen Hause verglichen, „dessen oberstes Stockwerk zwar in hoher vollendeter Kunst strahlt, aber nur von wenigen Menschen bewohnt ist; in dem mittleren wohnen schon mehrere, aber es mangelt ihnen an Treppen, auf denen sie auf eine menschliche Weise in das obere aufsteigen können; im untersten Stock wohnt eine zahllose Menschenherde, die für Sonnenschein und gesunde Luft mit den oberen zwar das gleiche Recht hat, aber sie wird nicht nur im ekelhaften Dunkel fensterloser Lächer sich selbst überlassen, sondern man macht ihr durch Binden und Blendwerke die Augen sogar zum Hinansehen untauglich.“ Diese Schilderung trifft leider auch noch auf das Schulwesen von heute zu. Denn die bürgerliche Gesellschaft baut sich auf dem Klassengegensatz auf zwischen Ausbeutenden und Ausgebeuteten. Und dieser Gegensatz tritt uns auch im Schul- und Bildungswesen deutlich genug vor Augen.

Die Sozialdemokratie als Gegnerin des Klassenstaats und der Klassenherrschaft ist naturgemäß auch die Gegnerin der Klassenschule. An ihre Stelle will sie die Einheitschule setzen, die allen Schülern ohne Unterschied des Herkommens, des Geschlechtes und der Konfession eine einheitlich-gleichmäßige Vorbildung gibt. Die Einheitschule soll der große und breite Unterbau sein, der jedem einzelnen die Gelegenheit und Möglichkeit bietet, entsprechend seinen besonderen Anlagen und Wünschen zu höherer Bildung emporzusteigen. Natürlich wird nicht angenommen, daß jedes Kind die höchste Entwicklungsstufe erreichen wird, aber es soll jedem Kind der Weg dazu offen stehen. Alle sollen darum den gleichen Anspruch auf Bildungsmittel und Bildungsgelegenheiten haben, auf Verständnis, Sorgfalt, Liebe und Kosten, die für die Entwicklung der natürlichen Gaben verwendet werden. Wir betonen dabei, daß

es ebenso lieblos ist, einem wissensdurstigen armen Kind die Möglichkeit zu versperren, diesen Wissensdurst zu befriedigen, wie es lieblos ist, ein schwachbegabtes Kind reicher Eltern zu zwingen, seinen Kopf mit Wissen zu füllen, das dieser nicht verarbeiten kann. Wir haben früher schon darauf hingewiesen, daß die allgemeine Elementarschule eine Stufe auf dem Weg zur Einheitschule bildet. Hier müssen wir hinzufügen, daß eine solche Elementarschule nicht bloß die ersten vier Schuljahre umfassen darf, wenn sie wirklich Gutes leisten soll. Die allgemeine vierklassige Elementarschule ist eine halbe Forderung. Ihr steht unsere Forderung gegenüber auf Schaffung einer allgemeinen obligatorischen gemeinsamen Bildungsgrundlage für alle in Gestalt einer Elementarschule bis zum vierzehnten Lebensjahr.

Wir sind uns klar darüber, daß der unvermittelte Übergang von der Zeit des Spielens in den Zwang des Lernens, von der ungebundenen Freiheit in den Schuldrill äußerst unvorteilhaft auf die Gesundheit der Kinder einwirkt. Als Vorbereitung und Übergang zur eigentlichen Schule fordern wir deshalb den obligatorischen Kindergarten. Schon Pestalozzi sprach sich gegen den unvermittelten Übergang von der Zeit des Spielens in den Klassenzwang aus: „Man läßt die Kinder bis zum fünften Jahre in vollem Genuß der Natur, man läßt jeden Eindruck derselben auf sie wirken, sie fühlen ihre Kraft, sie sind schon weit im sinnlichen Genuß ihrer Zwanglosigkeit . . . und nun, nachdem sie also fünf Jahre diese Seligkeit genossen, macht man auf einmal die ganze Natur um sie her vor ihren Augen verschwinden, stellt den reizvollen Gang ihrer Zwanglosigkeit mit ihrer Freiheit tyrannisch still und wirft sie wie Schafe in ganze Haufen zusammengedrängt in eine dumpfe Stube, kettet sie stunden-, tage- und jahrelang unerbittlich an das Anschauen elender, reizloser, einförmiger Buchstaben und an einen mit ihrem vorigen Zustand zum Rasendwerden absteigenden Gang des Lebens.“

Der Spieltrieb, der in jedem Kinde wurzelt und der eigentlich schon Arbeitstrieb ist, könnte in den Kindergärten in geordnete Bahnen geleitet werden. Der Beschäftigung der Kinder liegt der Anschauungsunterricht zugrunde, und zwar ein Anschauungsunterricht, der den Schaffenstrieb weckt. Fröbel, der vielfach mißverständene Gründer der Kindergärten, schrieb: „Wer recht anschaut, wer recht angeschaut hat, wer recht sich versenkt hat in die Natur und sie ganz in sich aufgenommen hat, den drängt es, das Angechaute wieder von sich zu geben, nachdem er es mit seinem Fleisch und Blut durchsättigt und durchtränkt hat: der Schaffenstrieb stellt sich ein. Und dieser Trieb muß von Anfang an als schöpferisches Wesen betrachtet werden.“ Schon die Kleinen kann man durch Geschichten erzählen, durch ungezwungene Zwiegespräche fesseln und belehren. Aber man muß dabei versuchen, von dem Gesichtskreis und dem Verständnis der Kinder auszugehen und sich ihm in der Ausdrucksweise anzupassen. Wir haben einen modernen Pädagogen, Berthold Otto in Lichterfelde bei Berlin, der dies Bestreben die Altersmundart nennt. Man muß die Kinder nur fragen lassen, und man wird erstaunt sein, wie wifbegierig sie sind, welch tiefen Sinn ihre Fragen oft haben. „Die kindliche Frage ist des Kindes natürliches Lernmittel,“ erklärt Peter Schmittler in der Schrift: „Soll mein Sohn Lehrer werden?“ Das ist im Kindergarten zu beachten. Hier müssen die Kinder möglichst viel ins Freie geführt werden, sie müssen im Turnen und in Bewegungsspielen ihre jungen Glieder regen können. Der Übergang aus diesen obligatorischen Kindergärten in die eigentliche Schule darf nicht von einer vorgeschriebenen Altersgrenze abhängig sein. Er soll vielmehr entsprechend dem Wachstum der körperlichen und geistigen Entwicklung der Kinder von Schularzt und Lehrern bestimmt werden.

Grundbedingung für die Einheitschule sind natürlich kleine Klassen und gut vorbereitete Lehrkräfte. In der Einheitschule sollen Knaben und Mädchen nicht nur die gleiche Ausbildung erhalten, sondern gemeinsam unterrichtet werden. Wir legen großen Wert auf die gemeinsame Erziehung der Geschlechter,

weil wir wissen, daß bei getrennten Bildungsanstalten die Mädchenbildung hinter der der Knaben zurücksteht und daß das Mädchen in der Folge schlecht ausgerüstet in das Leben hinaustritt. Das läßt sich aber bei der heutigen Entwicklung der gesellschaftlichen Zustände nicht länger aufrechterhalten. Früher begründete man die Vernachlässigung der Mädchenbildung damit, daß die Frau für ihren natürlichen Beruf als Hausfrau und Mutter keine besondere Bildung nötig hätte. Viele gingen noch weiter. Sie behaupteten, daß die angewendeten Bildungsmittel geradezu verschwendet würden, denn die geistigen Fähigkeiten des weiblichen Geschlechts seien geringer als die des männlichen. Diese Behauptung war dadurch erklärlich, daß der Mann alle Bildung und Kultur als sein Vorrecht für sich allein in Anspruch nahm. Seit aber die wirtschaftlichen Verhältnisse sich geändert haben und die Menschen mit ihnen, seit die Not oder innerer Drang die Frau trieb, einen Beruf zu ergreifen, mit und neben dem Manne zu schaffen, zu erwerben, ist es nicht länger möglich, die Frau geringer zu bewerten als diesen. Es gibt kein Gebiet der Gewerbe, des Handels, der Wissenschaft, der Kunst, auf dem nicht schon heute die Frau gleiche oder doch beachtenswerte, tüchtige Werte schafft wie der Mann trotz ihrer meist schlechteren Vorbildung. Erleichtert wird aber natürlich der Frau die Berufstätigkeit, wenn sie von vornherein die gleiche Ausbildung erhält wie der Mann. Heute stehen schon im Deutschen Reich weit über neun Millionen weiblicher Erwerbstätiger im Kampfe um die Existenz. Damit die Frau in diesem Kampfe nicht unterliegt, muß sie mit dem gleichen geistigen Rüstzeug für ihn ausgestattet werden wie der Mann.

Außerdem bedarf sie dieses Rüstzeugs als Gattin und Mutter. Nur die Frau wird ihrem Manne im idealen Sinne Gattin und Freundin sein können, die auch seine geistige Gefährtin ist, die alle seine Interessen teilt und Seite an Seite mit ihm kämpft. Das Verständnis, die Teilnahme, die der Mann jetzt so häufig außer dem Hause sucht und suchen muß, das alles wird er dann bei seiner Lebensgefährtin finden. So wird die gemeinsame geistige Ausbildung der Geschlechter nicht das gute Einvernehmen zwischen den Gatten zerstören — wie kurzfristige und Vorurteilsvolle wähen —, sondern sie wird die Ehe mehr befestigen als die philiströse Gewohnheit, die sie jetzt so häufig mühselig fittet. Und auch für den hohen Beruf der Mutterschaft ist die gemeinsame Erziehung der Geschlechter von Wichtigkeit. Goethe hat einmal gesagt, jede Frau müsse so erzogen sein, daß sie ihren Kindern den Vater ersetzen könne, wenn dieser fehle. Was heißt das anderes, als daß die Frau die gleiche geistige Ausbildung erhalten soll wie der Mann? Schon manche Mutter hat darunter leiden müssen, daß ihre Söhne sich ihr geistig überlegen fühlten. Wenn die Mutter wirklich die geborene Erzieherin ist, so muß sie gerade für diesen Beruf auch geistig vorgebildet werden. Es genügt nicht, daß sie ihre Kinder sauber kleidet und gesundheitsgemäß ernährt. Gottfried Keller hat die Hausfrauen, die ihre Hauptaufgabe in der Sorge für das leibliche Wohl, für Essen und Trinken der Ihrigen sehen, sehr treffend charakterisiert: „Sonderbarerweise gilt durch den ganzen germanischen Völkerstich diejenige für die beste und tugendhafteste Hausfrau, welche am meisten Geräusch macht mit ihren Schlüsseln und mit ihren Schüsseln und Pfannen und nie zu sehen ist, ohne daß sie etwas Eßbares zwischen den Fingern herumjerrt. Was Wunder, daß die Herren Germanen dabei die größten Esser werden, das ganze Lebensglück auf eine wohlbestellte Küche gegründet wird und man vergißt, welche Nebensache eigentlich das Essen auf dieser schnellen Lebensreise ist.“ Die geistig gutgebildete Frau als die Erzieherin der heranwachsenden Jugend kann sehr wohl dazu beitragen, daß das ganze Leben und Streben auf eine höhere Kulturstufe gehoben wird. Auch als Staatsbürgerin hat die Frau den Anspruch auf gleiche Bildung wie der Mann. Die gemeinsame Erziehung der Geschlechter bildet die beste Grundlage für die Ausübung gleicher Rechte und Pflichten beider im Staatsleben.

Von den Gegnern der gemeinsamen Erziehung werden allerdings schwere Bedenken geltend gemacht im Hinblick auf drohende sittliche Gefahren, die damit verbunden sein könnten. Diese Bedenken spielen jedoch keine entscheidende Rolle, wenn es sich um Volksschulen auf dem Lande handelt, die häufig von Knaben und Mädchen gemeinschaftlich besucht werden. Aber die an die Wand gemalten Gefahren bestehen in Wirklichkeit gar nicht. Die Trennung der Geschlechter hat im Gegenteil sehr oft erst solche Gefahren heraufbeschworen. Die jungen Leute werden nicht von klein auf gewöhnt, den Menschen im Mann oder Weib zu sehen, sondern etwas Fremdes, Besonderes, Interessantes, Wunderbares, das die Neugier reizt. Diese Neugier kann, zumal in der Zeit der Geschlechtsreife, unheilvolle Folgen zeitigen. Bei der gemeinsamen Erziehung der Geschlechter fällt die künstliche Entfremdung fort. Der Verkehr wird natürlicher, ungezwungener. Ja nach einem englischen Bericht auf Grund jahrelanger gemeinsamer Erziehung sieht man dort darin das Beste, ja das einzige Mittel zur Bekämpfung „moralischer Verderbtheit“. Man hat auch beobachtet, daß bei aller Kameradschaftlichkeit der Ton der Knaben manierlicher, ritterlicher wird, während die Mädchen sich abgewöhnen, zimperlich und geziert zu tun. Jean Paul, der feinsinnige Beobachter der Kinder, meinte: „Die beste Garantie des guten Betragens in einer Schule ist die gemeinsame Erziehung der Geschlechter: zwei Knaben bewahren zwölf Mädchen und umgekehrt.“ In den Vereinigten Staaten sind fast alle öffentlichen Schulen und der größte Teil der privaten Bildungsanstalten für beide Geschlechter bestimmt. Man hat hier gefunden, daß die gemeinschaftliche Erziehung auf den Charakter und die sittliche Entwicklung der Kinder äußerst vorteilhaft einwirkt. Die spezifisch weibliche Ausbildung kann leicht als Fachunterricht erfolgen durch Koch- und Haushaltungsunterricht, Ausbildung in weiblichen Handarbeiten usw.

Das Ergebnis.

Die erste Lesung des Reichsetats ist vorüber. Was hat sie dem arbeitenden Volke Deutschlands gebracht? Eine Reihe von Feststellungen, die mit jedem jungen Jahre regelmäßig wie das Mädchen aus der Fremde wiederkehren, leider ohne den Reiz dieser Himmelstochter.

Der Militarismus verschlingt den Löwenanteil der Reichseinnahmen. Die Durchführung der Wehrvorlage erfordert schon 1914 mehr Mittel, als sich die Jubiläums- und Jahrhundertfeierfesten vor wenigen Monaten von der Regierung gern vorschwächen ließen. Die Reichsanleihen gedeihen und mit ihnen die Zinsen, die für die Taschen der pumpenden „Vaterlandsfreunde“ aus Knochen und Mark der ausgebeuteten Massen herausgewuchert werden. Es sind keine Mittel vorhanden für eine großzügige Wohnungsreform und andere Kulturaufgaben ähnlicher Art. Der gesetzliche Arbeiterschutz und die Arbeiterversicherung sollen nicht weiter gefördert werden, als es die Nutznießer und Herren der bürgerlichen Ordnung erlauben. Daher darf beileibe keine Rede von einer Arbeitslosenversicherung sein, der brennendsten sozialpolitischen Forderung, die das Reich verwirklichen müßte. Das schwarze Elend hunderttausender Darbender und die zehrende Sorge von Millionen Bedrohter wiegen vor den bürgerlichen Parteien und der Regierung des kapitalistischen Reiches nicht einen Strohhalm. Da sind die Bedenken von ganz anderer Schwere, die das bürgerliche Klasseninteresse gegen die Arbeitslosenversicherung in die Waagschale wirft. Dieses Klasseninteresse schiebt die Reichspolitik in entgegengesetzter Richtung vorwärts. Die Gefahr für die Koalitionsfreiheit der Arbeiter rückt offenbar in bedrohliche Nähe. Gewiß: Regierung und bürgerliche Mehrheitsparteien scheuen als gebrannte Kinder das Feuer eines Ausnahmegesetzes gegen das Proletariat. Allein sie wissen auch ganz genau, welche Daumenschrauben und spanischen Stiefel für kämpfende Arbeiter Klassenstaatliche Büttel und Juristen bei Eifer und Talent im gemeinen

Recht entdecken können. Die bevorstehende Reform des Strafgesetzbuchs kann dem Schutz der Arbeitswilligen gegen den gewerkschaftlichen Terrorismus dienstbar gemacht werden.

Jedoch, so beachtenswert all diese Befindungen sind, sie treten an Bedeutung hinter den parlamentarischen Vorgängen zurück, die sich um den Fall „Zabern“ mit seinem politischen Drum und Dran abgespielt haben. Dieser Fall selbst war einfach genug. Es bedurfte weder langwieriger Untersuchung noch besonderer Geistesstärke, um über seine Wesenheit ins Reine zu kommen. In Zabern hatte die Militärgewalt die bürgerliche Gewalt beiseite geschoben. Frech, brutal, ohne viel Federlesens mit der bürgerlichen Ordnung, dem bürgerlichen Gesetz. Widergesichtlich verhaftete Rechtsanwälte und Landrichter wurden gleichsam zum Symbol des Rechtsbruchs. Der Militarismus hatte die Verfassung zerrissen, mit Füßen getreten oder wenigstens den papierernen Schein einer Konstitution, mit dem sich das deutsche Bürgertum sättigt.

Mußte nicht die Regierung des Reiches und, wenn sie versagte, der Reichstag zum Schutze des vergewaltigten Balladiums handeln? Sicherlich! Bornig rauschten es die bürgerlichen Blätter, mit Ausnahme der konservativen, mit leidenschaftlichen Gebärden beschworen es die bürgerlichen Bierphilister. Der große Tag der Abrechnung im Reichstag kam. Der Militarismus verschmähte es, der erwählten Vertretung des deutschen Volkes auch nur die armeligste Kupfermünze eines höflichen Entschuldigungsgestammels zuzuwenden. Er trat als der Herr und Gebieter auf. Wie der Leutnant den lahmen Schuster in Zabern, so traktierte der Kriegsminister die Zivilkanaille im Reichstag. Er rechtfertigte die Diktatur des hauenenden Säbels, der schießenden Flinte. Und der Reichskanzler, der oberste verantwortliche Leiter der deutschen Politik, trat als Handlanger neben den Kriegsminister. Er setzte die Verfassung als alten Papierwisch beiseite und erhob den Offizier in des Königs Rod zur obersten richtenden und rächenden Gewalt. Ob sie wollten oder nicht, Liberale und Zentralkämpfer wurden vom Militarismus und seinem bürokratischen Hausgesinde an die Seite der Volkspartei und Sozialdemokratie zum Protest gestoßen. Mit erdrückender Mehrheit sprach der Reichstag in aller Form dem Reichskanzler sein Mißtrauen aus.

Hoffnungsfelige Gemüter schwärmten kindlich von einer Verfassungskrise, von der unvermeidlichen Abdankung des Reichskanzlers, von dem frisch-fröhlichen Kampfe einer parlamentarischen Mehrheit gegen die militärische Diktatur und den Scheinkonstitutionalismus, für die Wachsicherung und Machterweiterung des Reichstags. Rascher fast als das graue Elend des Aschermittwochs ist das klägliche Ende solcher Selbsttäuschungen gekommen. Die bürgerliche Mehrheit hat es halb angstschlotternd, halb entriistet zurückgewiesen, sich wie ein Mann mit der Sozialdemokratie gegen Säbelregiment und Absolutismus zu erheben. Sie denkt nicht daran, dem Kanzler den Etat zu verweigern; sie hat nicht den Willen zur parlamentarischen Macht, der den Kanzler aus einem Diener des Kaisers in einen Beauftragten der Volksvertretung verwandelt, der von dieser zum Teufel geschickt werden kann, wenn er ihr Vertrauen nicht mehr besitzt.

Drohende Worte und große Gesten können über den Ausgang des Falles Zabern nicht trügen. Es ist der Triumph des Militarismus und des Absolutismus. Es ist der Verzicht des Reichstags auf Würde und Macht. In der Zeit des Imperialismus sind die Besitzenden und ausbeutenden Klassen weder willens noch fähig, auch nur für die Demokratie im bürgerlichen Sinne zu kämpfen. „Und das, nachdem wir die Wehrvorlage bewilligt haben!“ Mit diesem Stoßsenfzer rieben sich bürgerliche liberale Abgeordnete die Wange, auf der die Ohrfeigen des Kriegsministers und des Reichskanzlers brannten. „Auch das noch, gerade weil ihr die Wehrvorlage bewilligt habt“, erklärt die Logik der geschichtlichen Dinge. Die Kapitalistenklassen Deutschlands, die ohne den Imperialismus nicht mehr leben können und die vor dem Sozialismus zittern, vermögen den goldbetrefften Säbel-

helden so wenig zu missen wie den Herrscher von Gottes Gnaden. Das hat der Theaterdonner gegen das persönliche Regiment in den Novembertagen 1908 gezeigt, und das berühmte Wort von dem Leutnant mit den zehn Mann hat es bestätigt. Das ist auch der unzweideutige Sinn der letzten parlamentarischen Auseinandersetzung über Säbelregiment, Nebenregierung, Konstitutionalismus und Parlamentarismus.

Es bleibt deshalb ein aussichtsloses Beginnen, wenn sozialdemokratische Abgeordnete den bürgerlichen Parteien wohlmeinend und verständig zureden, den oppositionellen Worten Latein folgen zu lassen, im eigensten Interesse der bürgerlichen Klassen das Recht und die Macht des Parlaments gegen Militärwillkür und selbstherrliche Regiererei durchzusetzen. Die Klassen der Besitzenden und ihre politischen Vertreter wissen mit dem feinen Instinkt der Herrschgewohnten und in ihrer Gewalt Bedrohten, was ihren Interessen frommt. Und wenn die Sozialdemokraten zu ihnen mit Engelzungen reden würden, die bürgerlichen Parteien ließen sich in dieser geschichtlichen Stunde nicht mehr zum Kampfe für die Demokratie befehlen. Aber die arbeitenden Massen, die noch in der Gefolgschaft des Zentrums und der Liberalen aller Schattierungen laufen? Die Sozialdemokratie gewinnt sie um so sicherer, je grundsätzlicher und schärfer sie sich in ihrem Auftreten von den bürgerlichen Parteien unterscheidet, die wegen des kapitalistischen Profits und der ersehnten Ewigkeit der kapitalistischen Herrschaft das Recht und Wohl des Volkes unter die Füße stampfen.

Im deutschen Reichstag gibt es bereits heute keine Majorität mehr, die einen lebenskräftigen Parlamentarismus will, gibt es dagegen vielleicht morgen schon eine Mehrheit, die den Parlamentarismus durch Verschönerung des Wahlrechts, durch Verstärkung der Regierungsgewalt noch weiter entwertet. Lieber den Umsturz von oben als den Umsturz von unten, das ist die Losung der besitzenden Klassen im Reiche. Die tragende Kraft des Kampfes gegen Zaberner Zustände und Donauerschinger Jagdabenteuer liegt in den ausgebeuteten Massen außerhalb des Reichstags. Der Kampf wird erst siegreich, wenn das Proletariat mit der Faust auf den Tisch schlägt und quod egos ruft. Ohne diese Tat wird die Reaktion auch die phrasenreichste Entrüstung der bürgerlichen Parlamentarier und die schönsten Mißtrauensvoten mit dem verachtungsvollen Wort abtun, das von dem allerhöchsten Kunstverständigen im Reiche gegen die Kritiker des Architekten v. Ihne gefallen sein soll: „Die Hunde bellen, der Wagen geht weiter.“

Die Gewinnung der weiblichen Jugend.

Referat von Mathilde Wurm, gehalten auf der Frauentagung von Groß-Berlin am 16. November 1913. (Schluß.)

Nehmen wir an, es seien in den drei letzten Jahren rund 80 000 Gemeindeglieder in Berlin entlassen worden, ungefähr 38 000 Knaben und 42 000 Mädchen, zweifellos zu 90 Prozent Arbeiterkinder. Machen wir uns klar, wie viele von diesen für die proletarische Jugendbewegung gewonnen wurden, so läßt das Resultat noch recht viel zu wünschen übrig. Der beste Maßstab hierfür ist die Abonnentenzahl der „Arbeiterjugend“ nach dem Bericht der „Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands“ für das Jahr 1912/13. Danach hatte Berlin allein 13 475 Abonnenten der „Arbeiterjugend“, Teltow-Beeskow mit 15 Orten 2454 und Niederbarnim mit 13 Orten 1188. Gemessen an den 80 000 jungen Proletariern von 14 bis 18 Jahren bedeutet die Zahl von 13 475 Abonnenten der „Arbeiterjugend“ nicht mehr als 16,8 Prozent derer, die wir haben müßten. Daß davon nur ein winziger Teil weibliche Abonnenten sind, weiß jeder, der die Bewegung mit Aufmerksamkeit verfolgt. Etwas erfreulicher erscheint ja das Ergebnis, wenn wir die Zahl der organisierten Parteimitglieder mit der Abonnentenzahl der „Arbeiterjugend“ vergleichen. Nach dem letzten Jahresbericht zählt

Groß-Berlin 118 798 Parteimitglieder und 17 117 Abonnenten der „Arbeiterjugend“. Demnach kämen auf je 100 Parteimitglieder 14 Abonnenten. Die Rechnung würde stimmen, wenn — diese Abonnenten alles Kinder von Parteigenossen wären, aber wir müssen eingestehen, daß gewiß die Hälfte aller Leser unseres Jugendblattes nicht Kinder von Parteigenossen sind. Es gibt noch eine ungeheuer große Zahl von sozialdemokratischen Eltern schulentlassener Kinder, denen die „Arbeiterjugend“ nicht ins Haus kommt.

Wollten wir aber den Kampf gegen die Schundliteratur erfolgreich kämpfen, unsere männliche und weibliche Jugend auf allen Wissensgebieten in einer ihrem Alter und ihrer Fassungs-gabe entsprechenden Weise aufklären, so muß eine rege Agitation einsehen zum Vertrieb der „Arbeiterjugend“. Zu allen Zahlhabenden und Lesehabenden von Groß-Berlin müssen von eigens dazu Beauftragten die Adressen derjenigen Genossen und Genossinnen gesammelt werden, die Kinder haben im Alter von 14 bis 18 Jahren, dabei sind auch die Eltern zu beachten, deren Kinder beim nächsten Schulschluß die Schule verlassen. Diese Adressen sind entweder an den Jugend-ausschuß des Ortes oder direkt an das Jugendsekretariat abzuliefern, je nachdem dies den örtlichen Verhältnissen entspricht. Wir haben bereits in einer Abteilung den Anfang mit dieser Arbeit gemacht, und der Erfolg hat uns die Wichtigkeit dieser Agitation gezeigt. Wünschenswert ist natürlich, daß für diesen Zweck Agitationsexemplare der „Arbeiterjugend“ zur Verfügung gestellt werden. Eltern und Kinder sind überhaupt erst mit dem Blatte bekanntzumachen, ähnlich wie es ja auch in der Agitation für den „Vorwärts“ geschieht. Es wäre aber zwecklos, die „Arbeiterjugend“ wahllos durch Hausagitation zu verbreiten. Sie würde dann vielfach an solche Familien geraten, die für diesen Zweck noch nicht oder überhaupt nicht in Betracht kommen. Eine Massenverbreitung der „Arbeiterjugend“ findet ohnedies gelegentlich der Schulentlassungsversammlungen regelmäßig unter der Jugend statt. Damit gewinnen wir eben die nichtparteiigen öffentlichen Kinder als Leser und damit für unsere Jugendbewegung.

Ein zweites Mittel im Kampfe gegen die Schundliteratur und zur Gewinnung von Anhängern für die Freie Jugendbewegung ist die Agitation für die Benützung unserer Ausleihjugendbibliotheken. Zwar haben wir bis jetzt erst fünf solcher Bibliotheken in Berlin. Aber je reger die Bibliotheken in Anspruch genommen werden, desto mehr ergibt sich die Notwendigkeit der Erweiterung des vorhandenen Bücherbestandes und der Errichtung neuer Bibliotheken. Auch die jetzt in allen Berliner Kreisen eingerichteten Bibliotheken, bei denen der Preis des zuerst entnommenen Buches eingezahlt wird, kommen hauptsächlich für die heranwachsende Jugend in Betracht. Es ist Pflicht der Eltern, den Lesestoff ihrer Kinder zu überwachen und nach Möglichkeit zu verhüten, daß ihnen schlechte Bücher in die Hand fallen. Die Mittel hierzu sind ihnen jetzt in Berlin durch die Jugend- und Kreisbibliotheken in reichstem Maße gegeben. Jedoch mit dem Lesen der „Arbeiterjugend“ und der fleißigen Benützung der Bibliotheken ist es nicht getan.

Den Jugendheimen müssen weit mehr als bisher die jungen Mädchen zugeführt werden. Hierbei heißt es für viele Eltern ein altes Vorurteil niederkämpfen! Viele Eltern — und es sind häufig gerade die gewissenhaftesten, die sich wirklich um die geistige Entwicklung ihrer Kinder kümmern — glauben noch immer, der zwanglose Verkehr der männlichen und weiblichen Jugend, wie er in unseren Heimen besteht, müsse schlimme Folgen zeitigen. Von der Unrichtigkeit dieser Anschauung haben sich mindestens alle diejenigen bereits überzeugt, die öfters in unseren Heimen zu Gast waren.

Es ist heute und hier nicht meine Aufgabe, über die Notwendigkeit der gemeinsamen Erziehung der Geschlechter zu sprechen. Sie wissen alle, daß sie zu den Programmforderungen nicht nur der Partei, sondern aller modernen Volkserzieher gehört. Doch gerade in unseren Reihen stellt man sich in der Praxis der Jugendheime so vielfach diesem Gedanken entgegen. Das Schlagwort von der „weiblichen Eigenart“ wird im allgemeinen dort gerne gebraucht, wo man gegen die Forderungen auf Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts mit dem männlichen von reaktionärer Seite ankämpft. Freilich, wo von Haus aus gegen die Gleichwertung männlicher und weiblicher Arbeit gesündigt wird, wo der Bruder mit dem letzten Wissen im Munde aus der Stube geht und der Schwester gedankenlos alle Hausarbeit überläßt, so daß ihr keine Zeit zu irgendwelcher Erholung bleibt, das sind die elementarsten Bedingungen einer Erziehung zu sozialem Denken und Empfinden unerfüllt. Wie häufig dies aber noch der Fall ist, beweist der schwache Besuch der Mädchen in unseren Heimen I und II.

Im Heim I beträgt der Durchschnittsbesuch an Wochentagen 140, an Sonntagen 300 Jugendliche, mit durchschnittlich 19 Prozent Mädchen; im Heim II haben wir 160 bzw. 400 Besucher mit 22 Prozent Mädchen. Und dieser karge Mädchenbesuch bessert sich nur äußerst langsam. Eine Zunahme setzte ein mit der Einrichtung von Mädchenabenden, an denen die jungen Leute nur als Gäste zugelassen sind, aber nicht mitreden dürfen. Es wird viel gehandarbeitet, gesungen, gelesen und diskutiert. Auch im Heim III, das am 1. Dezember in Moabit eröffnet wird, werden solche Mädchenabende eingerichtet, die bei den Besucherinnen sehr beliebt sind. Aber was wollen diese drei Mädchenabende für die Riesenstadt Berlin besagen?

Die dringende Aufforderung ergeht deshalb an die erwachsenen Genossinnen und an die Mütter, bei der Einrichtung von noch mehr solcher Mädchenabende mitzuwirken. Wo immer diese Einrichtungen entstehen, müßten sich unsere Frauen dazu verpflichten, als Mitleiterinnen tätig zu sein, den jungen Mädchen Beraterinnen und Führerinnen zu werden. Außer in den drei Heimen haben wir bis jetzt erst einen solchen Abend einrichten können. Er fand zum erstenmal statt am Mittwoch, den 26. November, im Bibliothekszimmer, Amsterdamer Straße 15. An den Eltern liegt es, daß diese Abende von ihren Töchtern gut besucht werden, und an den Genossinnen, daß wir dank ihrer Mitarbeit viele solcher Abende in Groß-Berlin schaffen können. Ist uns solche Förderung sicher, dann werden auch allen Verfolgungen zum Trotz, denen unsere Heime durch die Polizei ausgesetzt sind, recht bald neue Heime entstehen, in denen unsere männliche und weibliche Jugend Zeit und Räume findet, wo sie ihre Interessen besprechen, ihre Pläne und Zukunftshoffnungen ungestört austauschen kann. Dafür zu sorgen ist Sache der erwachsenen Arbeiterschaft.

Ist schon der Besuch der jungen Mädchen in den Heimen recht gering, so ist ihre Beteiligung an den Veranstaltungen der Freien Jugendbewegung noch viel geringer. Vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913 gab es in Berlin 128 Einzelvorträge aus allen Wissensgebieten. Es beteiligten sich daran rund 11 000 Jugendliche, davon waren 1000 Mädchen, das sind 9 Prozent der Gesamtzahl. Noch schlechter war der Besuch der Mädchen bei den Vortragskursen, in denen die Gesamtzahl der Hörer 3945 betrug, unter denen sich nur 265 junge Mädchen befanden, also 7,4 Prozent!

Allerdings wäre es verfehlt, zu glauben, daß an dieser Erscheinung nur mangelndes Interesse der weiblichen Jugend die Schuld trage. Die Gründe sind mannigfach. An der Spitze steht die doppelte Belastung mit Beruf und Hausarbeit, unter der auch schon die junge Proletarierin zu leiden hat. Es kommt hinzu, daß viele Eltern, wie schon gesagt, die Tochter nur ungern an unseren gemeinsamen Veranstaltungen teilnehmen lassen, sie häufig direkt davon zurückhalten. Wenn das junge Mädchen endlich doch einmal die Erlaubnis erwirkt, einer solchen Veranstaltung beizuwohnen, so fühlt es sich dann vereinsamt und unwissender als die anderen, die bereits eine gewisse Schulung haben. Die jungen Mädchen sind häufig noch schlechter ernährt als ihre Brüder, trotzdem sie mit Arbeit noch mehr belastet sind als diese. Infolgedessen ermüden sie rascher, und der ersehnte Vortrag, von dem sie sich so viel versprochen hatten, langweilt sie bis zum Einschlafen oder — was noch schlimmer ist — sie beginnen nach Art der Schulkinder zu albern und sind in dem Maße, die Aufmerksamkeit auch der ernstesten jugendlichen Zuhörer abzulenken und zu zerstreuen. Hiergegen können nur die Mütter helfen. Wenn sie ihren Töchtern ein besseres Los bereiten wollen, als es ihnen selber vielfach beschieden ist, müssen sie dafür sorgen, daß den Töchtern ebensoviel freie Zeit wird wie den Söhnen. Die Töchter und ihre zukünftigen Männer und nicht zuletzt die Partei werden den Nutzen hiervon haben.

Aber nicht nur bei Vorträgen und Vortragsskursen ist die weibliche Jugend schwach beteiligt, sie fehlt ebenso bei Museumsführungen und bei Wanderungen. Und gerade bei den letzteren sollte sie doch ganz besonders stark vertreten sein. Blutarmut und Bleichsucht sind die gewöhnlichen Begleitererscheinungen des Entwicklungsalters der Mädchen, und wenn auch die sonntäglichen Wanderungen hier nicht allein heilen können, so erfrischen sie doch die junge Arbeiterin und verleihen ihr neue Kraft. Turnen, Schwimmen, wandern müssen die Mädels dabei genau so wie die Jungen, sonst vergessen sie, daß sie jung sind, vergessen, daß auch sie ein Anrecht darauf haben, jung zu sein und ihre Jugend zu genießen. Auf diesen Wanderungen erleben sie die Goetheschen Verse:

Und frische Nahrung, frisches Blut
Saug ich aus freier Welt.
Wie ist Natur so hold und gut,
Die mich am Busen hält.

Haben die Eltern gar so schwere Bedenken, ihre Töchter an den gemeinsamen Ausflügen teilnehmen zu lassen, so mögen sie doch das eine oder andere Mal mitgehen und sich davon überzeugen, wie harmlos fröhlich die junge Gesellschaft ist, und wie sie unter der Führung älterer Naturfreunde die Schönheit der Natur erkennen und genießen lernt.

Mehr Freiheit also unserer weiblichen Jugend, mehr Mitarbeit unserer weiblichen Erwachsenden auf allen Gebieten der Jugendbewegung. Wollt ihr, sozialistische Mütter, eure Töchter dereinst für den Sozialismus gewinnen, dann lehret sie schon heute, daß nur Gemeinsamkeit des Wollens und Handelns zum Ziele führt. Als Gleiche unter Gleichen, als Glieder eurer Klasse müßt ihr eure Töchter der Freien Jugendbewegung zuführen. Allen Widerständen zum Trotz ist ihr eine glänzende Fortentwicklung beschieden, wenn sie neben einer wohlorganisierten Selbsthilfe auf die Unterstützung der erwachsenen Arbeiter-schaft zählen kann.

Die Frauen und der Wahlkampf in Italien.

I. K. „Wenn die Frauen das Wahlrecht besäßen, wäre die Wahl des sozialistischen Kandidaten sicher.“ So hieß es meist, wenn unsere Redner von den Versammlungen des letzten Wahlkampfes zurückkehrten, des ersten, der nach der Wahl-

rechtsreform stattfand. Einem ähnlichen Eindruck konnte sich niemand entziehen, der an der Wahlagitation teilnahm. Die sozialdemokratischen Wahlversammlungen wurden unter freiem Himmel abgehalten und gestalteten sich gewöhnlich zu riesigen Meetings; sie waren auffallend zahlreich von Frauen der Arbeiterklasse, des werktätigen Volkes überhaupt besucht. Manchmal bestand mehr als ein Drittel des Zuhörenden, zustimmenden und zujubelnden Publikums aus Frauen. Je länger die Agitation dauerte, desto bemerkenswerter wurde die Beteiligung der Proletarierinnen an den Versammlungen, und zwar nicht nur wenn Genossinnen sprachen. Diese Tatsache war für Italien neu, und sie ist wegen ihrer Bedeutung allgemein hervorgehoben worden. Sie ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen.

Gewiß, wir haben darin im großen und ganzen leider noch nicht eine Äußerung tiefen und klaren Klassenbewußtseins zu erblicken und noch weniger eine bewußte grundsätzliche Zustimmung zu dem sozialdemokratischen Programm. Aber immerhin kam in dem Verhalten der Frauen ein instinktives Verständnis dafür zum Ausdruck, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die dem Volke wirklich nahe steht, seine Leiden begreift und mitfühlt, seine Rechte verteidigt, die Lasten, die es trägt, zu mildern sucht und seine allgemeine Befreiung verspricht und vorbereitet. Aus dieser instinktiven Einsicht erwächst den Frauen der arbeitenden Massen das Gefühl großer Anhänglichkeit und dankbarer Anerkennung für die Sozialdemokratie, ein Gefühl, das sich auf die Redner und Kandidaten der Partei übertrug. Die von harter Mühsal und Not gedrückten Frauen fühlten sich geradezu in einem persönlichen Vertrauens- und Dankbarkeitsverhältnis zu ihnen. Das wird begreiflich, wenn man die allgemeine Lage der arbeitenden Frauen in Italien kennt und sich dazu noch vor Augen hält, unter welchen besonderen Verhältnissen die jüngste Wahlkampagne stattgefunden hat.

Das italienische Volk trägt für unabsehbare Zeit die unzähligen Opfer, die ihm der koloniale Raubzug nach Tripolis aufgebürdet hat. Viele Zehntausende von Familien sind durch das grause Ende, durch Siechtum und Krüppeltum ihrer Angehörigen auf das schwerste getroffen worden. Davon abgesehen, gibt es wohl keinen proletarischen Herd, an dem man nicht für die „Erfolge“ des Krieges büßen müßte. Arbeitslosigkeit, ungeheure Teuerung des Lebensbedarfes, die auch das Stück tägliche Brot zum Luxus macht, unerträgliche Steuerlasten, die die Not noch verschärfen und eine wachsende Zahl von Proletarierinnen zwingen, auf das Allernotwendigste zu verzichten: das sind „Deber“, deren Sprache von dem Volke verstanden wird. Sie hat auch das Ohr und Hirn der neuen Wählermassen erreicht, die des Schreibens und Lesens nicht kundig sind. Die Logik der Zustände hat ganz beträchtlich mit zu dem großartigen Erfolg der sozialistischen Wahlagitation beigetragen, hat unserer Partei so überraschend viele Wähler aus dem Volke zugeführt. Sie hat auch die tiefe Sympathie der Proletarierinnen für die Sozialdemokratie erweckt. Denn die Frauen leiden doppelt schwer unter der übeln, die in der Gefolgschaft der Kriegs- und Wucherpolitik auftraten.

Wenn unsere Redner und Rednerinnen in der Wahlagitation auf die Forderung des Frauenwahlrechts zu sprechen kamen, so lösten ihre Darlegungen bei den anwesenden Frauen lebhafteste Zustimmung aus. Wie war das möglich? Die Zuhörerinnen waren ohne politische Schulung und hatten wahrscheinlich noch nie über die Bedeutung politischer Rechte und über ihre eigene Rechtlosigkeit nachgedacht. Das Verständnis für all das kam ihnen während der Reden. Die an der bürgerlichen Gesellschaft, an der Regierung geübte Kritik, die Betrachtung der Lage des Volkes machte ihnen begreiflich, wie not ihnen das Wahlrecht tut. Sie erkannten es als Waffe im Kampfe gegen Rüstungswahnsinn und Eroberungszüge, gegen Zoll- und Steuerwucher und Beeinträchtigung ihres Koalitionsrechtes. Sie sahen es als Mittel, ihre unter Blögen und Elend erzogenen Kinder vor Unterernährung und Tod

zu schütten. Die erdrückende Mehrzahl der Frauen, die von unserer Wahlagitatio n erfahrt wurden, stand dem politischen Leben bis dahin fern. Rührend und naiv äußerte sich oft, was ihnen Sinn und Herz bewegte. Sie drängten sich dazu, die Redner und Rednerinnen soweit als möglich zu begleiten, ihren Weg zu beleuchten, wenn er durch dunkle, abgelegene Straßen oder nach fernen Ortschaften führte, ihnen persönlich Glück zur Agitation zu wünschen und das Gelübde abzulegen, alles zu tun, um dem Kandidaten des Volkes zum Siege zu verhelfen. Das alles will viel sagen von schüchternen Frauen, die früher nur ein Heil kannten: die Kirche. Der Sozialismus erscheint ihnen nun als der wahre Erlöser, ihr schlichtes Wesen erfährt ihn als die Verwirklichung ihrer Sehnsucht nach Gerechtigkeit und Freiheit, mit Leib und Seele gaben sie sich den Ideen hin, die in seinem Namen vor sie getragen wurden.

Eine Episode darf wohl in diesem Zusammenhang hervorgehoben werden. Sie beweist recht deutlich, wie scharf die Proletarierinnen auch in Italien den Krieg verurteilen, wie klar sie einsehen, daß nur die sozialistische Partei als Partei der Enterbten und Ausgebeuteten auftreten darf. Die Wiederwahl unseres Genossen Elia Musatti, der Venedig im Parlament vertritt, ist wohl auch vom internationalen Standpunkt aus einer der wichtigsten Erfolge, die die italienische Sozialdemokratie in der siegreichen Wahlkampagne errungen hat. Musatti gehört zu den radikalsten, überzeugungstreuesten italienischen Genossen. Sein ganzes Leben hat er restlos und aufopfernd dem Sozialismus geweiht. Daß er von den Gegnern ganz besonders scharf bekämpft wird, liegt auf der Hand. Musattis Wahl ins Parlament, 1909, wurde von der ganzen sozialistischen Partei als ein außerordentlich ruhmreicher Sieg begrüßt. Da brach der Tripoliskrieg aus, und in Venedig kam es bei der Abfahrt der Truppen zu einer großen Demonstration. Derartige Kundgebungen, „aus dem nationalen Empfinden der Volksseele geboren“, wie es heißt, gab es damals an allen Ecken Italiens. Genosse Musatti aber sagte sich, daß er die Bevölkerung Venedigs nicht im Parlament vertreten könne, wenn sie von mordspatriotischer Gesinnung erfüllt sei, die der sozialistischen Brüderlichkeit ins Gesicht schlage. Er hielt es für eine Pflicht seiner Überzeugung und Ehre, den Wählern die Gelegenheit zu geben, eine klipp und klare Entscheidung zu treffen. So legte er sein Mandat nieder, kandidierte aber bei der notwendig gewordenen Nachwahl.

Die Gegner jubelten. Musattis Niederlage sollte der höchste Triumph des Mordspatriotismus in ganz Italien sein. Kein Opfer wurde zu diesem Zwecke gescheut, kein Mittel verschmäht. Alle bürgerlichen Parteien wirkten zusammen. In einer Sakristei sanken sich Klerikale und Freimaurer zum Bunde gegen den „Verräter am Vaterland“ in die Arme. Der „nationale“ Gedanke siegte. Und nun? Bei den letzten Wahlen wurde Genosse Musatti mit einer Mehrheit von 1500 Stimmen ins Parlament wiedergewählt. Und zwar nicht trotz seiner scharfen kriegsfeindlichen Stellung, sondern gerade wegen i h r. Und die großen Versammlungen, in denen der „vaterlandslose Geselle“ vors Gericht des Volkes trat! Die Frauen ließen in ihrer Begeisterung den Redner manchmal minutenlang nicht zu Worte kommen. Die Rufe wollten nicht enden: „Nieder mit dem Kriege! Hoch der Sozialismus! Es lebe unser Vertreter Musatti!“ Am Vorabend der Wahl fand eine Versammlung statt, an der wohl 10 000 Personen teilnahmen. In einem Stadtviertel, das abgelegen und dicht von Proletariern bewohnt ist. Das vornehme, das reiche Venedig schwimmt im Licht. Die zauberhafte Schönheit seines großen Kanals, die unübertroffene künstlerische Beleuchtung des Platzes San Marco und des Domes ziehen Scharen von Fremden an. Aber das Venedig der Genießenden und Satten hat kein armseliges Laternchen für das entlegene Proletarierviertel übrig gehabt. Dunkel sind die Gassen und Gäßchen. Die hier hausenden Frauen sind es mit den Thränen gewöhnt, auf Luft und Licht zu verzichten. Als aber am Vorabend der

Wahl Musatti und die Unterzeichnete im Viertel sprachen, da hielten es die Frauen des Volkes für eine Ehrenpflicht, selbst Licht zu schaffen, um die Vertreter des Sozialismus willkommen zu heißen. Tausende von Frauen und Kindern beleuchteten mit Wachskerzen den Weg. Es waren die Elendesten unter den Elenden, denen der Sozialismus neue Hoffnungen entzündet hat, die Perlenstickerinnen. Sie haben in ihren Wohnungen kein Fenster, an dem sie arbeiten könnten, sie sitzen vor der Tür, wenn sie die kunstfertigen Finger rühren, um am Ende des anstrengenden Tageswerks einen Verdienst von etwa 70 Centesimos herauszurechnen. Wie Nächerrinnen ihrer Not und ihrer Erniedrigung erschienen diese Proletarierinnen in den schwarzen, malerisch über die Schulter geworfenen Tüchern, mit ihrer von Mühsal und Entbehrungen ausgemergelten Gestalt und den tiefschwarzen, funkelnden Augen. Als die Versammlung zu Ende war, drängten die Frauen nochmals in den Vordergrund, um die Redner zurückzubegleiten. Nochmals wurden die Wachskerzen angezündet, und der eindrucksvolle Zug durchlief die sonst so stillen, dunklen Viertel der Armut unter dem lauten Gesang der Arbeitermarzellaise. Die Frauen veranstalteten eine Sammlung, zu der jeder 5 Centesimos spenden und für deren Ertrag eine rote Fahne angeschafft werden sollte. Die Fahne sollte den Frauen gehören und den Sieg des Genossen Musatti jubelnd verkünden. Dem Gegner des Sozialisten wollte die Arbeiterbevölkerung ... „ein Begräbnis erster Klasse bereiten“. Und das hat sie in ihrer Weise getan. Da er Orsi — der Bär — heißt, so wurde eine bärenartige Puppe in einen Käfig gesteckt und mit feierlichem Ernst zur letzten Ruhe geleitet. Die Proletarierinnen forderten den Genossen Musatti auf, sofort nach den Wahlen nochmals vor ihnen vom Sozialismus zu reden.

Die Genossinnen haben selbstverständlich während des Kampfes in hohem Maße ihre Pflicht getan. Mit dem größten Eifer haben sie die Umstände ausgenützt, um den ausgebeuteten und entrechteten Frauen den Sozialismus näher zu bringen. Die „Difesa delle Lavoratrici“ entflammte immer wieder aufs neue die Begeisterung und Tatkraft der Genossinnen. Ein längerer Aufruf forderte die Frauen zur energischsten Unterstützung der sozialistischen Kandidaturen auf und legte dar, was sie als Proletarierinnen und Frauen von der Verwirklichung der sozialistischen Forderungen zu erwarten haben. In Mailand wurden große Frauenversammlungen abgehalten, in denen Genossinnen den Proletarierinnen das Parteiprogramm erklärten. Bei der Haupt- und bei der Stichwahl ließen Genossinnen und organisierte Arbeiterinnen sich angelegen sein, Wahlzettel zu verteilen und noch im letzten Augenblick die proletarischen Wähler auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen. Ganz besonders betonten sie überall die Bedeutung der Wahlen als eines Protestes gegen die Küstungstollheit und den Krieg und zeigten dabei, daß diese übel wesentliche Erscheinungen der kapitalistischen Klassengesellschaft sind. Sie Kapitalismus — die Sozialismus, diesen unverföhnlichen Gegensatz suchten sie den arbeitenden Massen zum Bewußtsein zu bringen. Die Genossinnen dürfen sich der errungenen Siege auch im Gedenken an ihre eigene Arbeit für die sozialistische Partei freuen. Sie begrüßen das Erwachen der Proletarierinnen als eine Verheißung künftiger erfolgreicher Tätigkeit.

Angelika Balabanoff.

Arbeitende Mütter.

II.

Arbeitende Mütter! Hunderttausende eilen in die Fabriken, gehen in der Industrie unter, sind verdingt um Hungerlöhne an die Agrarfrone, das Gewerbe oder an den Haushalt der Besitzenden. Zur Zeit, da die besitzende Mutter mit glücklichem Lächeln das Kind aus dem warmen, weichen Bettchen nimmt oder zusieht, wie die Wärterin seine Händchen in die mit Seidenbändern geschmückten Ärmel des Säckchens führt,

weilt die arbeitende Mutter schon bei der mechanischen Arbeit, die langsam an ihrem Körper nagt und ihn unaufhaltbar zerstört. Fern das Kind, der Obhut irgendeiner vielleicht zweifelhaften Kinderbewahranstalt anvertraut oder der Wartung durch ein anderes unterernährtes Kind. Das Kleine ist in armselige Kleidungsreste gehüllt, das magere Körperchen wird durchwühlt von den Folgen der Arbeit jener Tage, an denen sich der Mutterleib bereits hätte schonen sollen, die Hungerpeitsche ihn aber wieder hinter die Fabrikmauern trieb. Fern von ihrem Fleisch und Blut ringt die arbeitende Mutter, ohne jedoch — trotz des Mannes Arbeit — immer genug Brot für die Kinder schaffen zu können. Wir sehen sie in den Fabriken, Kleider, Schmuck und Spielsachen erzeugend für die Kinder der Besitzenden, in Bergwerken, Spinnereien, Bleichereien, in allen Berufen, die die Massenproduktion der Gegenwart schafft; sehen sie als Kinderwärterin, Amme, Diensthöten, Wäscherin, Holzträgerin, Lowryzieherin.

In den feinsten Blutgefäßen des Kapitalismus spürt man das Wirken der arbeitenden Mutter, die um der Brotfrage willen dem Organismus des Weibes Gewalt antut. In einem Zustand, in dem die Frau der Besitzenden jede ihrer Bewegungen sorgsam überwacht, bei dem sie vom Hausarzt immer wieder gewissenhaft unterjocht wird, sehen wir die werdende Mutter des Arbeitervolkes auf den Bauten über Holzgerüste klettern, schwere Karren schieben oder mit Ziegeln und Mörteln bepackt in die Dachräume emporsteigen. Aus den Dunstwolken der unhygienischen Waschlüden starren ihre glanzlosen Augen, die schwachen, kraftlosen Arme ziehen die Wäsche der Besitzenden durch das Wasser, das den Körper erschauern macht. Den die Mutterschaft verratenden Leib an den Trog gepreßt, trocknet sie den kalten Schweiß an der Stirn, wenn sich dem ausgehungerten Körper eine Ohnmacht nähert und ein Fieber ihn durchschüttelt. Ausgehungert? Ja, denn während die besitzende Mutter mit den Kindern und dem Gatten oben ipeist, bleibt das Essen der arbeitenden Mutter unberührt, und die Märtyrerin krampft rastlos ihre Finger um die letzten Wäschestücke, um nur möglichst bald mit ihrem Mahl den Hunger der Kinder stillen zu können. Ist es in den Fabriken anders, bei dem Heer der Hunderttausende, die im Morgengrauen an ihre Arbeitsstätte wandern, ihr Heim erst im Abenddämmern wiedersehen und ihrem Körper die billigste, mindwertigste Nahrung zuführen? Vergessen wir dabei nicht die Zehntausende landwirtschaftlicher Arbeiterinnen, die sich von ihren Kindern losreißen, um fern von der Heimat im heißen Sonnenbrand das Brot für die Kinder zu erringen, die sonst im Winter verhungern müßten. Untergebracht in einer Scheune, neben oder bei den Tieren, sind sie eine verträglich überlieferte Arbeitsware, die den fremden Gutbesitzer weniger wertvoll dünkt als sein teures Vieh. In dieser Scheune träumen Frauen von dem fernen Lehmhäuschen Galziens oder eines anderen Landes, in dem Kinder nach der Mutter rufen, sie träumen, bis der Morgen naht und der Aufseher sie hinaustreibt auf die Felder — wie die Tiere. . .

Den müden, abgekehrten Bügen der arbeitenden Mutter haben des Lebens Nöte den letzten Schimmer von Frauenschönheit abgestreift. In ihnen sollte der unauslöschliche Haß gegen die Gesellschaftsordnung flammen, die dem Begriff Mutter die höchste Verehrung zollt — für die Besitzenden; deren Soldschreiber die Mutterschaft besingen, während die Ausbeutenden als Werkzeuge der kapitalistischen Entwicklung auf dem Mutterleib gerade so herumstampfen wie auf dem Körper des Mannes, des Glaubensbruders und Volksgenossen. Die Ausbeutenden, Herrschenden sind die gleichen Feinde auch der arbeitenden Mutter. Die proletarische Frau, die den Hohn, die Verpötlung und die Mißachtung gegen die arbeitende Mutter scharf erkennen will, die wandere Wohnung suchend durch die Straßen der christlichen Städte, teile mit, daß sie Mutter einiger Kinder sei und eine Wohnung benötige. Besitzenden mit Kindern oder Tieren wird Einlaß gewährt, aber keiner arbeitenden Mutter mit Kindern. Fühllos schließen sich die Türen vor der Verzweifelnden, die man von der Schwelle

stößt. In das Ätherblau ragen die Türme und Kuppeln der Kirchen und Synagogen, und an den Fenstern spiegeln sich das christliche Kreuz und die Steintafeln mit den Gesetzen Jehovas. Man kann diese Schande der Kultur nicht zu oft aufzeigen, nie genug wiederholen. Man muß sie den Verantwortlichen und den Satten immer wieder ins Gesicht schreien und den feilen Vorwurf der „Hexerei“ gebührend kennzeichnen, der säuselnd, fluchend und heuchelnd gegen dieses Aufzeigen fällt.

Arbeitende Mütter! Man könnte nicht müde werden, die Glendsbilder aufzurollen, die sich im Dasein der proletarischen Mutter aneinanderreihen. Sie muß ohnmächtig zusehen, wie ihre Kinder gezwungen sind, schon in frühester Jugend in irgend einem Gewerbe Hilfe zu leisten. Nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Lande, wo die Schule leersteht und die Kinder des ländlichen Proletariats den Bauern an Stelle der schollenflüchtigen Diensthöten ein gutes und billiges Ausbeutungsmaterial stellen. Man gedenke der Kinderarbeit in der Hausindustrie, in der städtischen Heimarbeit, um das unglückselige Geschick der Kleinen arbeitender Mütter zu erfassen.

Für die Kinder des Besitzes wird der Sport empfohlen, um sie in der schulfreien Zeit zu stärken; Kommissionen treten zusammen, die über Jugendspiele diskutieren. Den Kindern der arbeitenden Mutter mangelt es an den notwendigsten Lehrmitteln, ja sogar an der notwendigen Nahrung und Kleidung. Wer vermag dabei an Spiele zu denken? Die proletarischen Kinder existieren für die bürgerliche Gesellschaft nicht, sie zählen für sie erst, wenn sie als Arbeitsware Gewinnbringer werden. Man nimmt in den Kreisen der Besitzenden offenbar an, daß die arbeitende Mutter nicht erkennen könne, was ihren Kindern geraubt wird. Aber diese fühlt mit wehem Herzen nur zu gut, was ihre Kleinen an sonnigen Freuden entbehren müssen, empfindet den wütenden Schmerz, ihnen das nicht bieten zu können. Jugendspiele, Sport, Theater, Bücher — alles ist nur für die Jugend der „besseren Menschen“.

Aber das Glend des Alltags stumpft die hin und wieder hervorbrechende Bitterkeit der arbeitenden Mutter ab. Die Teuerung zwingt die Gedanken der proletarischen Frau darauf, wenigstens den Hunger der übrigen zu stillen. Die agrarische Wucherpolitik und der Wohnungswucher finden in der arbeitenden Mutter das ärmste Opfer, die kartellierten Lebensmittelhändler beuten sie erbarmungslos aus. Und doch sind es gerade viele der arbeitenden Mütter, die den Weg zu den Konsumvereinen nicht nehmen können, da sie sich der Schuldenflaverei der Kleinen Händler nicht zu entziehen vermögen. Dazu das geringe, oft durch Arbeitslosigkeit unterbrochene Einkommen des Mannes, der eigene schmale Verdienst, der ein hartes Brot bedeutet. — Wehe jener proletarischen Mutter, die von einer Krankheit niedergedrungen wird. Dann fehlt der rettende Halt in der Arbeiterfamilie, stürzt nicht selten alles zusammen. Für die Kranke der Armendoktor, das Spital, für viele eine Stätte der Ruhe und Pflege, wie sie noch niemals ihnen eigen war. Stirbt die arbeitende Mutter, so harzt ihrer das Massengrab, an dem die Kinder weinen, da sie das Beste verloren haben. Bleibt sie leben, wird sie alt, so schaut sie bitter das ohnmächtige Sehnen der wirtschaftlich selbst wurzellosen Kinder, die Mutter bei sich zu behalten. Die Verhältnisse sind stärker. Mutter und Kinder müssen scheiden. Aber bis dorthin spielt sich ein trauriges Leben ab.

Alles, was geschildert wurde, ist das Durchschnittsgeschick der arbeitenden Mutter an der Seite eines arbeitenden Mannes. Es wäre ein leichtes, Glendsbilder der Witwenschaft anzufügen, Mütter zu zeichnen, die als Bettlerinnen von Tür zu Tür wandern oder gramgebeugt ihre Kinder verschenken müssen. „Göttliche“ Ordnung, wenn das Muttergefühl erwürgt wird unter dem Zwange der nämlichen Mutterliebe, die die Kinder nicht verhungern lassen will. So ist das ganze Leben der arbeitenden Mutter ein greller Kontrast zu dem der besitzenden Mutter. Wahlos können die Bilder herausgeriffen werden, um die Gegensätze in ihrer rauhen, entsetzlichen Wirklichkeit darzustellen. Diese Gegensätze der arbeitenden Mutter eindringlich und unermüdet zum Bewußtsein

zu bringen, ist eine große Aufgabe. Nur zwei Bilder seien hier wiedergegeben: Durch die Straßen weht heulend und schneidend der Wind, rüttelt an den Fenstern, bläst in die Kamine, daß es wie Wimmern und Weinen klingt. Wie ruht sich's da warm im weichen Bett; der Besitzende und Geborgene fühlt in verdoppelter Annehmlichkeit die wohlige Sorglosigkeit. Die besitzende Mutter blickt mit behaglichem, glücklichem Lächeln auf das Kinderbettchen, worin der Säugling schläft, oder drückt ihn an sich, ihn vor dem Einschlummern noch mit Küffen überschüttend. Unten aber in der menschenleeren Straße der Großstadt schreitet eine arbeitende Mutter, vielleicht an der Seite eines verzweifelnden Mannes, dem das Glend das letzte Soffen aus dem Hirn geschlagen hat. Ein dünnes Tuch hüllt Mutter und Kind ein, das von Regentropfen, Schnee oder vom Straßenstaub geküßt wird, den der Sturm aufwühlt. Das Schluchzen der Unglücklichen dringt durch die nächtliche Stille, bricht sich an den versperrten Türen und verklungelt irgendwo in einer Haustürbucht, worin — vor den Blicken der Schutzleute geborgen — Mutter und Kind sich lagern. Seht nach, ob dieses Bild in den Romanen und Novellen zu finden ist, die die Federfödlinge überall in Büchern und Zeitungen ablagern, um unsere Weltordnung als die schönste zu preisen. Man liest von den Lauffesten in prunkvollen Palästen. Man hört nur nebenbei von der Not, die mit dem Kinde der Armut geboren wird. Die arbeitende Mutter, obdachlos mit dem Kinde zu den schimmernden Fenstern eines Bürgerhauses emporstarrend, worin die Geburt eines Kindes gefeiert wird — dies Bild der sozialen Gerechtigkeit im kapitalistischen Staate zeichnet kein gut bürgerlicher Roman.

Noch ein Bild des Gegenjages: Der Strand eines Seebades oder die in dufendem kühlen Waldesgrün versteckte Sommervilla. Dort weilt die besitzende Mutter mit den Kindern, Wochen der ungetriebenen Freude an den Schönheiten der Natur genießend. Über die sehnigen oder fettgepolsterten Körper der Glücklichen spielen die weißgekrönten Wellen des Meeres, oder es laben sich die Augen an dem milden Grün des rauschenden Waldes, man träumt in seliger Weltvergessenheit Märchen. Die arbeitende Mutter in der Stadt läßt sich abends auf das spärliche Grün eines mit Schutt überlagerten, ausgedörrten Feldes nieder, während die mageren Kinder sich im Straßenstaub herumtummeln. Die Augen der Eltern sehen die Sonne nur im abendlichen Sterben, und da nur durch den Dunst der Straße. Es ist, als ob der Schweiß der arbeitenden Menschen von dem Steinpflaster emporsteigen und die Atmosphäre erfüllen würde. Glücklich diejenigen, die noch in der Sommerglut arbeiten dürfen. Wehe jenen, denen die Flucht der Reichen aus den Städten zur Sommerszeit die Arbeit raubte und damit die Nahrung. Dreimal wehe den anderen arbeitenden Müttern, denen der Mann von der Seite gerissen ward, der irgendwo bei der Waffenübung „Krieg im Frieden“ spielen muß. Eine Waffenübung bloß. Wie aber, wenn der Ernährer, der Vater, der Sohn in das Feld müssen, um ihr Blut dem Vaterland zu weihen? Dem Vaterland, das die Beute der Besitzenden ist! Die da hinausziehen, um für ein Etwas zu kämpfen, von dem sie nie mehr sahen als den Weg vom armseligen Heim bis in die Fabrik, sie sind sicherlich Opfer dieser „göttlichen Weltordnung“. Aber die mit den Kindern zurückbleibende Mutter ist ebenso Blutzugin des Wahnsinns, der diese Ordnung beherrscht, da sie hungern muß bis zum Untergang.

So sehen wir eine Armee Unglücklicher, neben deren Los selbst das des ausgebeuteten und geknechteten Mannes noch erträglich dünkt. Auf der arbeitenden Mutter ruht alle Last, aller Jammer, alle Pein der nichtbesitzenden Massen. Sie wird von allen Blitzen wirtschaftlicher und sozialer Gewitter betroffen, die oft Körper und Seele verbrennen. Ist es da wunderzunehmen, wenn langsam das Gefühl der Menschenwürde stirbt, wenn stumpfe Ergebung in das Herz der proletarischen Mutter einzieht und sie dem Rufe nicht lauscht, der Millionen unter die Fahnen für die Menschlichkeit ruft? Die vom Leben Bertretene schreit nur auf, wenn Steinschlag, schla-

gende Wetter, Maschinen, glühendes Blei ihr die Lieben rauben, wenn ihre Kinder dahinsiechen, ohne daß sie durch die Hilfsmöglichkeiten des Besitzes gerettet werden können. Sie flieht die Welt, klammert sich gebrochen in ihrer Mitleidigkeit an die Thronen, zitternd vor den Schicksalsschlägen, die auf ihr armes Haupt fallen, bis der mitleidige Tod ihr die Augen zum letzten Schlummer schließt. Joh. Fersch, Wien.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Im Agitationsbezirk für den Niederrhein sprach die Unterzeichnete im November in Oberhausen, Rülheim-Ruhr, Hamborn, Duisburg und Hohenlimburg. Sie behandelte das Thema: „Was wollen die Sozialdemokraten?“ Die Versammlungen waren recht gut besucht. Neuaufnahmen von Parteimitgliedern waren überall zu verzeichnen.

Drei Versammlungen, die in Ottenfen, Altona und Schiffbeck stattfanden, hörten ein Referat über dieselbe Frage. Auch hier hatte die Agitation einen guten Erfolg, allerdings ließ der Versammlungsbesuch in dem Industrieort Schiffbeck viel zu wünschen übrig. Rosi Wolffein, Witten.

Die politische Organisation der Frauen scheint nun auch in Guben besser in Fluß zu kommen. Der gewerkschaftliche Zusammenschluß der Proletarierinnen hat schon länger gute Fortschritte gemacht. Die Gewerkschaften mustern in Guben annähernd 900 weibliche Mitglieder. Dagegen hielten sich die Frauen der sozialdemokratischen Organisation noch fern. Sie selbst wie auch manche Arbeiter meinten, die Politik ginge die Frauen nichts an. Nun hat aber eine erfolgreiche öffentliche Frauenversammlung Wresche in Gleichgültigkeit und Vorurteil gelegt. Genossin Ziegler verstand es als Referentin vortrefflich, den zahlreich erschienenen Frauen an Beispielen aus dem alltäglichen Leben klarzumachen, daß die Zeiten sich geändert haben, daß die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen die politischen Dinge aufmerksam verfolgen, daß sie auf politischem Gebiet kämpfen müssen. Besonders eindringlich wies sie auch auf die Pflicht der Proletarier hin, ihre weiblichen Angehörigen zu Kampfgenossinnen heranzubilden. Zurufe während des Vortrags und Beifall am Schlusse bekräftigten, daß Genossin Ziegler den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. Die Partei gewann 44 neue Mitglieder, darunter 34 Frauen. So stoßen immer mehr ausgebeutete, gedrückte Frauen zu dem machtvollen Kämpferheer, das Brot, Freiheit, Recht für alle erringen will. H. B.

Frauentag in Bezirk Breslau. Am 12. Oktober fand in Breslau eine Bezirksfrauentagung statt. Sie war von weiblichen Delegierten aus allen größeren Orten des Bezirks besucht, leider hatten aber kleinere Orte es unterlassen, die Tagung zu besuchen, trotzdem es gerade für sie wichtig gewesen wäre, die Winke und Ratsschlüsse zu hören und zu diskutieren, die für die praktische Arbeit gegeben wurden. Auf der Tagesordnung standen Referate über die Gewinnung und Schulung der Frauen, über Kinderschutz und die Agitation unter der weiblichen Jugend. An alle Referate knüpfte sich eine ausgiebige Diskussion. Was die Schulung der Genossinnen anbelangt, so wurde eingehend die Gestaltung der Leseabende und die zu behandelnden Fragen erörtert. Genossin Löbe war der Meinung, daß zu Anfang möglichst leichtverständliche Broschüren, Zeitungsartikel usw. gelesen, daß leichte Stoffe vorgetragen werden müßten. Nach solcher Vorbereitung erst könne unser Parteiprogramm erklärt werden. Genossin Wulff verfocht dagegen noch einmal ihren bereits im Referat dargelegten Standpunkt, daß unser Programm nicht zu schwer sei, um dem Verständnis der Frauen nahe gebracht zu werden. Allerdings müsse man zu diesem Zweck ausnahmsweise mit der Erörterung des zweiten Teils beginnen, mit dem Programm der geheißenen Reformen. Außerdem bedürfe man Leiterinnen oder Referenten, die in populärer Weise den Stoff zu erläutern wissen. Genossin Ziegler regte an, daß am Schluß der Leseabende immer ein gemeinsames Lied gesungen werden möchte. Aber den Wert der Leseabende — die freilich nicht für alle Teilnehmerinnen den gleichen Nutzen zeitigen können — wußte sie auf Grund der vorliegenden Erfahrungen noch viel Wichtiges zu sagen. Gar manche Genossin wurde durch die Leseabende zur Rednerin herangebildet, wenn solche Heranbildung auch nicht der eigentliche Zweck der Veranstaltungen ist. Andere haben die Anregung und Schulung zu praktischer Betätigung im Dienste der Partei erhalten, und die meisten Teilnehmerinnen sind zu arbeitsfreudigen Genossinnen geworden. Je nach dem Bildungsgrad der Frauen und den örtlichen Verhältnissen muß Stoff und Art der Leseabende gewählt werden. Viel wurde über Handarbeits-

abende gesprochen. In manchen Orten wurden Handarbeitsabende eingerichtet, weil die christlichen und vaterländischen Vereine, die im Bezirk überall dominieren, durch diese Veranstaltungen die Frauen an sich ziehen. Die Genossinnen Zieg und Wulff warnten jedoch davor, für solche Einrichtungen zu viel Kraft aufzuwenden. Sie sollten nur dort geschaffen werden, wo die Verhältnisse es absolut notwendig machten. In ähnlichem Sinne äußerten sich beide über lokale Unterstützungseinrichtungen. An das Referat der Genossin Wulff über die Mißhüte der Frauen beim Kinderschutzbüchlein schloß sich gleichfalls eine rege Aussprache an. Gar manchen Fall trauglicher Kindererausbeutung und Mißhandlung berichteten namentlich die Genossinnen, die der Kinderschuttkommission Breslau angehören. Genossin Sawatsch mußte leider rügen, daß im eigenen Hause noch nicht aufgeräumt sei, denn beim Austragen der „Volkswacht“ würden Kinder verwendet. Die Kinderschuttkommission habe zwar ihr möglichstes getan, um dieser Kinderbeschäftigung ein Ende zu bereiten, der Verlag hat den schuldigen Austrägerinnen die Entlassung in Aussicht gestellt. Trotzdem finden sich immer wieder Frauen, die den Vertrag mißachteten, der ausdrücklich besagt, daß Kinder unter 14 Jahren beim Austragen der „Volkswacht“ nicht verwendet werden dürfen. Hossentlich trägt die Konferenz mit dazu bei, daß endlich Wandel geschaffen wird. Wir erwarten auch, daß sie den Anstoß zur Gründung von Kinderschuttkommissionen überall im Bezirk gibt. Das Referat der Genossin Zieg über die Agitation unter der weiblichen Jugend zeigte so recht, wie notwendig es ist, auch in dieser Frage Aufklärung in die weitesten Kreise zu tragen. In erster Linie jedoch müssen die Arbeitermütter belehrt und überzeugt werden. Eine gute sozialistische Erziehung des proletarischen Nachwuchses ohne Unterschied des Geschlechts muß einsegnen. Mannigfache Anregung hat die Konferenz gegeben. An den Genossinnen — aber auch an den Genossen — liegt es nun, daß diese Anregung in den Wintermonaten in die Tat umgesetzt wird. Viel feinerer Boden ist noch zu bearbeiten, zäher Ausdauer bedarf es, um auf diesem Fruchte zu ernten. F. W.

Ferienausflüge in Krefeld. Der Bildungsausschuß in Krefeld hat im letzten Sommer zum erstenmal Ferienausflüge für Kinder veranstaltet. Sie haben einen nennenswerten Erfolg gehabt. Die Zahl der Kinder nahm ständig zu, die sich an den Ausflügen beteiligten. Es ist dies ein Zeichen dafür, daß die Kleinen Freude an unseren Veranstaltungen und Vertrauen zu den Leiterinnen hatten. Insgesamt haben 10 Nachmittagsausflüge unter Leitung von Genossinnen stattgefunden und vier Tageswanderungen unter der Leitung eines Genossen. An den Tageswanderungen nahmen nur größere Kinder teil, die mit der weiteren Umgebung von Krefeld vertraut gemacht wurden. Insgesamt haben sich gegen 3000 Kinder an unseren Veranstaltungen beteiligt. Bei den Nachmittagsausflügen erhielten die Kinder 1 Glas und bei den Tageswanderungen 2 Glas Milch unentgeltlich. Die Gelder für unsere Veranstaltungen sind von Gewerkschaften, der Parteiorganisation und der Genossenschaft gewährt worden. Sie bekundeten für das Unternehmen das größte Verständnis. Die Mittel flossen so reichlich, daß wir am Ende der Ferien noch über einen kleinen Überschuß verfügten. Wie die Organisationen der Klassenbewußten Arbeiterschaft, so verdienen auch die Genossinnen herzlichen Dank, die sich in uneigennütziger Weise dem Bildungsausschuß zur Verfügung gestellt hatten. Das Gelingen der Veranstaltungen ist zum großen Teil mit ihr Verdienst. Um mit den Kindern in Fühlung zu bleiben, haben wir geplant, sie im Winter von Zeit zu Zeit zusammenzurufen und für sie Märchenabende zu veranstalten. Auch werden wir in den Weihnachtstagen einen Ausflug mit ihnen unternehmen. Denn daß die Kinderspiele und Kinderausflüge eine ständige Einrichtung bleiben müssen, darüber dürfte wohl keine Meinungsverschiedenheit unter uns herrschen. Wir haben alle Ursache, unsere Kinder fest mit uns zu verbinden und unsere Ideale ihnen leuer zu machen. Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft, und die Zukunft muß unser sein!

Ferien Spaziergänge für Arbeiterkinder in Chemnitz. Wie in vielen Städten, so hat sich auch in Chemnitz eine Kommission von organisierten Frauen gebildet, die sich die Aufgabe gestellt hat, während der Ferien mit den Kindern hinaus ins Freie zu wandern. Der Hauptzweck unserer Veranstaltung war, solche Kinder spazieren zu führen, deren Mütter von der wirtschaftlichen Not gezwungen sind, den täglichen Lebensunterhalt verdienen zu helfen. Und solcher Frauen gibt es gerade in Chemnitz sehr viel. So hatte sich denn auch für jeden Spaziergang eine große Anzahl von Kindern auf den Sammelplätzen eingefunden, die vorher bekanntgegeben worden waren. Fröhlich ging es von dort aus dem gemeinsamen Ziele zu, durch den Wald, nach hübsch

gelegenen Gartenwirtschaften wie Adelsberg, Tannenmühle, Sechs Ruten und andere. Unter Singen und Jubeln, bei fröhlichen Reigen und anderen Spielen tummelten sich die Kinder nach Herzenslust. Zuweilen veranstalteten wir auch im Volkshausgarten Spiele für die Kinder. Für die Mädchen wurden sogenannte Luftreifen, für die Knaben Ballspiele angeschafft. Heller Jubel ertönte, wenn Genosse N a u t h seine Reitschule dem kleinen Volk frei zur Verfügung stellte. Beim Abschluß unserer Wanderungen ging es besonders hoch her. Die Kinder wurden mit Kuchen und Kaffee bewirtet, und die Genossinnen hatten obendrein noch für kleine Überraschungen gesorgt. Wir können von Anfang bis zu Ende mit dem Ergebnis unserer Veranstaltungen zufrieden sein. Was wir an den Kindern tun, tun wir für die Zukunft der Arbeiterklasse. Hoffen wir, daß im nächsten Jahre unsere Ferienspaziergänge noch eine größere Anzahl von Kindern erfassen, die auf der Schattenseite der Gesellschaft stehen.

R o s a M e h e r.

Politische Rundschau.

Kaum jemals ist der Jammer der deutschen Zustände so froh und so in einem Punkte konzentriert zutage getreten wie jetzt in der Z a b e r n e r A f f ä r e. Da ist ein Reichskanzler, der Krampfhaft beieuert, daß er die Erregung der Bevölkerung über die militärischen Übergriffe sehr wohl versteht, der aber nicht wagt, der offenbar nicht wagen darf, die Gesetzesverletzungen der Soldateska mit dem rechten Namen zu nennen. Da ist ein Reichstag, der dem Reichskanzler mit Fünffachstimmigkeit ein Mißtrauensvotum erteilt, dessen bürgerliche Mehrheit aber dann nicht wagt, die Konsequenzen aus dieser Kundgebung zu ziehen. Mit Wucht und Eindringlichkeit reden diese Erscheinungen davon, auf welchem unsicherem Grunde die Verfassung des Reiches gebaut ist. Gibt es ein unzweideutigeres Zeugnis dafür, daß der Militär ohne weiteres Gesetz und Recht beiseite schieben darf, daß die Rechte des Volkes vom Säbel nach Belieben zerstückt werden können? In der Verhandlung über die Interpellation hat der Kriegsminister dem Reichstag erklärt, daß der Offizier über den Gesetzen steht, daß er das Recht hat, dem Beleidiger den Degen durch den Leib zu rennen. In der nichtachtendsten, provozierendsten Weise, mit brutaler Rücksichtslosigkeit proklamierte er die nackte Militärgewalt. Selbst den militärfrommen Nationalliberalen wurde die Galle ins Blut getrieben, ein Beihaut auf die Lippen. Des Reiches Kanzler aber ist den Ausführungen des Kriegsministers beigetreten, hat sie noch durch den Satz unterstrichen, daß der „Kod des Königs“ unter allen Umständen respektiert werden müsse. Des Königs Kod! Weiß Herr Bethmann wirklich nicht, daß das Volk den Kod bezahlt, daß das Volk ihn spinnt, webt und näht? Doch davon abgesehen, haben Kriegsminister und Reichskanzler für den Offizier ein Sonderrecht proklamiert, das über allen anderen Rechten, über allen Gesetzen steht. Die angebliche besondere, überfeine Ehre des Offiziers wird als Fetisch aufgerichtet, dem der Bürger bei Todesstrafe tiefste Verehrung zu sollen hat. Die empfindliche Offizierschere wird schon durch ein spöttisches Lachen gekränkt. Wenn in solchem Falle der Offizier sich damit begnügt, den „Beleidiger“ in den Pandurenkeller zu werfen, anstatt ihn sofort abzuschlachten, so übt er damit nach dem Kriegsminister v. Falkenhayn eine Milde. Das sollte die bürgerliche Canaille dankbar anerkennen, statt darüber zu murren! Ein junger Leutnant mag ins Veit machen, er mag noch so dumm herausfordernd und beleidigend daher schwätzen und sich mit Lächerlichkeit bedecken; er ist und bleibt als Träger des Königsrocks eine unantastbare Respektsperson. Seine Ehre muß mit bajonettbewaffneten Patrouillen geschützt werden und nötigenfalls mit dem Belagerungszustand aus eigener Machtvollkommenheit der Militärgewalt, wenn auch wider das Gesetz.

Das alles erdreistet sich ein Kriegsminister im schneidigsten Kommandoton der Volksvertretung ins Gesicht zu schleudern, und ein Reichskanzler übernimmt dafür die Verantwortung. Die elsässischen Zivilbehörden haben vom Bürgermeister von Zabern an bis zum Staatssekretär und Statthalter der Reichslande hinauf mehr oder minder deutlich gegen die Gesetzesbrüche der Militärbehörden in Zabern protestiert. Der höchste Beamte des Reiches jedoch wagte solchen Protest nicht. Er kuschte. Herr v. Bethmann Hollweg ist für die neue Verfassung Elsaß-Lothringens eingetreten. Man darf ihm wohl die Einsicht für die Folgen der jüngsten Vorgänge zutrauen. Er muß es verstehen, daß das Auftreten des Militärs in Scherben geschlagen hat, was seither erreicht worden war, um die reichsländische Bevölkerung mit der Zugehörigkeit zu Deutschland auszuföhnen. Was Nationalliberale

und Zentrum erkennen können, das vermag schließlich auch Herr v. Bethmann Hollweg einzusehen. Und ein Blick in die bürgerliche Presse konnte ihn über diese Tatsachen belehren: Die Gesetzesverletzungen von Zabern haben selbst im altdeutschen Bürgertum Erregung und Empörung hervorgerufen. Der antimilitaristischen Propaganda der Sozialdemokratie sind neue Rodungsgebiete erschlossen worden. Gätte das dem Kanzler nicht zu denken geben sollen? Wenn dieser trotzdem nicht zu sagen wagte, was selbst die Nationalliberalen von ihm erwarteten und forderten, so kann sogar ein Blinder den Grund dafür mit dem Stock fühlen. Der Kanzler ist in der Tat ohnmächtig gegen das revoltierende Militär. Die geschriebene Verfassung des Reiches weiß davon freilich nichts. Sie läßt alle Regierungsgewalt im Reich in der Hand des Kanzlers vereinigt sein, der deshalb auch allein dem Reichstag verantwortlich ist. Aber dieser Mann an der Spitze der Reichsregierung hat nicht die Macht, den jüngsten Leutnant der deutschen Armee zur Ordnung zu rufen, zur Verantwortung zu ziehen. Die Armee steht vollständig außerhalb seiner Machtbefugnis, als ein Körper, der ganz vom bürgerlichen Leben isoliert ist. Die Armeebehörden haben von der Zivilgewalt keinerlei Befehle entgegenzunehmen, sie unterstehen nur militärischer Befehlsgewalt. Ihre Spitze ist nicht etwa dem Reichskanzler unterstellt, sondern lediglich dem Kaiser, dem obersten Kriegsherrn. Dieser hat seine Befehlsgewalt zu einem gewissen Teil an das Militärkabinett abgegeben, das weder dem Reichskanzler noch dem Reichstag verantwortlich ist, ebensowenig wie der Kaiser. Allerdings ist der preussische Kriegsminister Mitglied der Reichsregierung und hat die Pflicht, Militärangelegenheiten vor dem Reichstag zu vertreten. Seine Befugnisse gehen jedoch nicht über die Verwaltungsgeschäfte hinaus, die eigentliche Kommandogewalt, die Personalien, das heißt der Entscheid über die Ernennungen, die Handhabung der Disziplinalgewalt, liegt beim Kaiser beziehungsweise beim unverantwortlichen Militärkabinett. Wenn der Reichskanzler irgend eine Maßregel gegen einen revoltierenden Obersten oder General durchsetzen will, so kann er das nur auf dem Umweg über den Kaiser beziehungsweise das Militärkabinett tun. Wenn diese Stellen ein Einschreiten ablehnen, so ist er völlig ohnmächtig — er kann nur seinen Rücktritt erklären. So bildet die Armee im Staate einen Staat für sich, und das im gefährlichsten Sinne des Wortes. So wird im Offizierskorps gesellschaftlich das Gefühl erlöst, daß es unter den Befehlen des Staates steht. In Reinkultur wird die Gesinnung von Landstreichen geübt, die als einzige Verpflichtung den Gehorsam gegen die Befehle des obersten Kriegsherrn anerkennen. Solche Gesinnung läßt mißachtend auf die Gesetze der bürgerlichen Welt herabbliden, läßt auf Verfassung und Recht des Volkes pfeifen und macht allezeit bereit, auf Befehl des obersten Kriegsherrn auch gegen das Volk zu marschieren, das Kommando zu erteilen, auf Vater und Mutter zu schießen. Über den Bürger und selbst über die Zivilbehörden dünken sich diese Herren Offiziere hoch erhoben in dem Gefühl, daß ihnen keiner von „dieser Gesellschaft“ etwas zu melden hat. Nicht einmal der Reichskanzler kann ihnen wegen Gesetzesbruch einen Staatsanwalt auf den Hals schicken. Die Offiziere unterstehen ja nicht der allgemeinen, sondern einer besonderen Gerichtsbarkeit, bei der wieder Klassegenossen, bei der Offiziere Recht sprechen. Die geheime Verhandlung, die wider das Gesetz für sie besteht, sucht jede mittelbare Einwirkung der bürgerlichen Öffentlichkeit zu verhindern.

Das rückwärtslose Auftreten des Kriegsministers und das völlige Verfagen des Reichskanzlers haben das Verdienst, die Augen der Öffentlichkeit wieder einmal auf diese Zustände gelenkt zu haben. Die schwere Gefahr ist grell beleuchtet worden, die unser militärisches System für die Volksrechte bedeutet. Unter Androhung höchster Strafen verpflichtet es die Söhne des Volkes zum slavischen Gehorsam gegen ein Offizierskorps, das keine Autorität der Gesetze und der Verfassung anerkennt, sondern nur den Befehl des obersten Kriegsherrn. Der deutsche Bourgeois läßt sich sonst wahrlich nicht über diese Dinge graue Haare wachsen. Im Gegenteil. Er hat ja sein gut Teil Vorteil davon. Nichtsdestoweniger mußte sogar dieser Musterpatriot diesmal bekümmert erkennen, daß das Deutsche Reich noch weit davon entfernt ist, ein Rechtsstaat zu sein, daß Verfassung und Gesetze beständig bedroht sind vom Säbel des Militärs, das einem einzigen, dem Monarchen und nicht der Verfassung verpflichtet ist.

Mit zornigem Stirnrunzeln hat das der Bourgeois einen bangen Augenblick lang erzogen. Dann erinnerte er sich mit voller Klarheit daran, wie notwendig gerade er das Heer braucht. Er kann des Militarismus nicht entraten, um seine imperialistische Raubpolitik nach außen durchzusetzen und um das be-

gehliche Proletariat im Innern niederzuhalten. Auch seiner politischen Weisheit letzter Schluß sind gezogene Kanonen gegen ungezogene Nationen. Der Bourgeois versteht, daß es auch in seinem Interesse, im Interesse der ausbeutenden Klassen liegt, wenn die Befehlsgewalt über das Heer allein in den Händen des Kaisers und einer dem Reichstag nicht verantwortlichen Behörde liegt. Wird doch die Sozialdemokratie immer mächtiger, und wie sehr sich auch das Parlament gegen ihren Einfluß sträubt, ganz vermag es sich ihm nicht zu entziehen. Hinter den sozialdemokratischen Abgeordneten stehen die mehr als vier Millionen ihrer Wähler, stehen die ungezählten, zahllosen Ausgebeuteten, die sich zum Sozialismus bekennen. Das ist der tiefste Grund für das widerspruchsvolle, klägliche Verhalten der bürgerlichen Parteien. Wohl fanden sie scharfe Worte gegen den Kanzler, wohl waren sie für ein Mißtrauensvotum gegen ihn zu haben. Gingen weigern sie sich entschieden, aus dieser Mißtrauensfundgebung die Konsequenzen zu ziehen. Imperialismus und Sozialismus hatten wie zwei Jangas das Bürgertum gepackt und hindern es an jeder Tat gegen den Militarismus wie gegen den Scheinkonstitutionalismus. Angesichts der frechen Annahmung des Offiziers wallt zwar einmal das Blut des Bürgers etwas stürmischer. Er jammert über die „Ausbreitungen“ des Militarismus. Aber er muß sich immer wieder sagen, daß der Militarismus ohne diese Ausbreitungen nicht zu haben ist. Die besitzenden Klassen wissen, daß der Schutz ihres Geldschranks gegen äußere wie innere Feinde nicht bloß Geld kostet — das aus den Taschen der Nichtbesitzenden genommen wird —, sondern daß um dieses edlen Zweckes willen auch einige Unbequemlichkeiten in den Kauf genommen werden müssen. Und deshalb lassen es die bürgerlichen Parteien im Kampfe gegen den Militarismus bei einigen unwirksamen Worten bewenden. Nationalliberale, Zentrum und die „unentwegte“ Fortschrittspartei arbeiten auch weiterhin mit dem Reichskanzler zusammen, der den Parlamentarismus mit dem Worte vom „sogenannten Mißtrauensvotum“ höhnte. Nach dem alten Satz: „Pach schlägt sich, Pach verträgt sich.“ Als getreue Schutztruppe des Kanzlers werden die bürgerlichen Parteien die sozialdemokratischen Anträge zur Verfassungsänderung ablehnen. Diese wollen den unwürdigen Zustand beseitigen, daß ein Reichskanzler, dem fünf Sechstel der Volksvertretung das Mißtrauen ausgesprochen haben, ruhig im Amt bleibe, weil einer es will, der Kaiser.

Inzwischen hat die militärische „Gerechtigkeit“ schon einige der Sünder von Zabern ereilt. Nicht den Leutnant, der die Elsässer und Franzosen beleidigt hat. Auch nicht den Obersten, der friedliche Bürger wider Recht und Gesetz in den Pandurenkeller sperren ließ. Wohl aber drei junge Elsässer Rekruten, die gegen den Söhnen der militärischen Disziplin gefrevelt haben sollen. Sie hatten einem Redakteur bestätigt, daß der Leutnant v. Forstner in der Tat in der Instruktionssunde aufgefordert hat, auf die französische Fahne zu sch... Nach der militärischen Untersuchung sollte der Schimpf angeblich gegen die Fremdenlegion gesagt, das steht nun fest. Dafür werden sie mit schweren Arreststrafen belegt. „Ungehorsam gegen einen Dienstbefehl“ ist ihr Verbrechen, denn der Oberst hatte den Soldaten verboten, irgend etwas über die Affäre verlauten zu lassen. Die Veredelung eines solchen Befehls ist durchaus zu bestreiten, aber was tut's? Die Soldaten haben sich gegen die heilige Disziplin vergangen, und das muß schleunigst gerochen werden. Nicht so eilt es mit der Aburteilung des Leutnants, der seinen Taten durch einen Säbelhieb wider einen lahmen Schuster die Krone aufsetzte; mit dem Verfahren gegen den Obersten, der die Gesetze mißachtete. Die Bürger mögen sich inzwischen damit trösten, daß das 99. Infanterieregiment aus Zabern nach dem Übungsplatz verlegt worden ist. Außerdem können sie sich den Kopf darüber zerbrechen, ob die Zaberner darin eine Genugtuung zu erblicken haben oder eine Strafe, weil ihnen die soldatische Kundschafft entzogen ist. Im allgemeinen ist aber das Bürgertum heilsfroh, daß man die Maßregel bei viel gutem Willen im Schweige des Angesichts als ein Nachgeben der Militärgewalt ausdeuteln kann. Damit soll der böse „Einzelfall“ begraben sein. So stand die Sozialdemokratie letzten Endes als die einzige Partei allein, die den Militarismus grundsätzlich bekämpft, die mit Nachdruck die Rechte des Volkes gegen jede Art Gewalt und Unterdrückung verteidigt. Nicht zum ersten und nicht zum letzten Male. Statt besuchte Versammlungen in allen Teilen des Reiches haben Zeugnis davon abgelegt, daß die arbeitenden Massen sich zum Kampfe für diese Entwicklung immer entschlossener um die Sozialdemokratie scharen.

Der Staatssekretär des Innern hat im Reichstag auf die sozialdemokratische Interpellation erklärt, daß die Reichsregie-

rung die Arbeitslosenversicherung ablehnt. Der Weisfall aller bürgerlichen Parteien lohnte ihm dafür. Die Besitzenden weigern sich entschieden, den Opfern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung auch nur halbwegs ausreichende Hilfe zu gewähren. „Laßt sie betteln gehn, wenn sie hungrig sind!“ Oder steckt sie ins Gefängnis! Damit immer mehr Proletarier dieser Art „Staatsunterstützung“ teilhaftig werden, liehen die Konservativen durch den Mund ihres Staatsredners Graf Westarp auf Erlass eines Zuchthausgesetzes gegen Streikende drängen. Der Reichstagskanzler gab dazu eine gewundene Erklärung. Wickelt man das Bündel seiner Betrachtungen, Erwägungen, Meinungen auf, so bleibt als Kern eine tröstliche Versicherung für die Scharfmacher übrig. Gewiß, den Reaktionen werden nicht alle Wünsche nach Niederbüttelei der auffässigen Arbeiterschaft reifen. Aber immerhin dürfen sie auf die Erfüllung mancher Forderungen rechnen. Die Anzeichen, daß ein Anschlag auf das Koalitionsrecht bevorsteht, werden immer bedrohlicher. Vor dem Odium eines Ausnahmegesetzes scheut man zurück, aber man hat den festen Willen, das gemeine Recht als gemeintes Recht zu handhaben.

In Frankreich ist das Ministerium Barthou über eine Steuerfrage gekürzt. An seine Stelle trat das radikale Ministerium Doumergue, das damit begann, seinen Radikalismus sorgfältig zu verstecken. Sein Programm zeichnet sich aus durch die Abwesenheit jeder klaren radikalen Forderung. Vorerst hat das neue Kabinett eine große Mehrheit gefunden, doch zeigten viele Stimmenthaltungen, daß die Herrlichkeit nicht fest gegründet ist.

Das bulgarische Volk ist durch die Leiden zweier furchtbaren Kriege gemüht worden. Es hat der Regierung und den Kriegsparteien bei den Kammerwahlen eine empfindliche Niederlage bereitet und rund 50 Sozialisten in die Kammer geschickt. Die unzweideutige Kundgebung des Volkswillens kann eine neue Epoche der Balkangeschichte einleiten. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Wer in den Zeitungen die Verhandlungsberichte vom christlich-nationalen Arbeiterkongress las und die tagenden Herrschaften sonst nicht näher kannte, der mühte sich über das mühtige Auftreten dort freuen. „Wenn man's so hört, so könnt' es leidlich scheinen.“ Es fehlte auf dem Kongress nicht an einer entschiedenen Stellungnahme gegen eine Verschlechterung des Koalitionsrechts und gegen eine Verschärfung der Strafgesetze; sozialpolitische Klagen und Forderungen mancher Art wurden laut; man stimmte für staatliche Arbeitslosenfürsorge, für Wohnungsreform, für Lebensmittelverbilligung und städtische Lebensmittelversorgung und allerhand andere schöne Dinge mehr. Die Vertreter der katholischen Fachvereine fanden mit ihren offenen arbeiterfeindlichen Ausführungen starken Widerspruch. So weit wäre alles ganz gut und schön, wenn man die Überzeugung haben könnte, daß den großen Worten auch kraftvolle Taten folgen würden. Allein diese Überzeugung kann kaum jemand hegen, der die führenden Geister im christlich-nationalen Lager seit Jahren an der Arbeit beobachtet hat. Die Herren haben nur zu oft ihr Doppelseitig gezeigt. Auf Kongressen und vor Proletariern, wo sie mit Worten auskommen können, das Gesicht der biederen, aufbegehrenden Arbeiterfreunde. Im Lager des Zentrums und wo es sich um Entscheidungen handelt, den Kopf der Reaktionen, der Unternehmerlakaien. Hier für Lebensmittelverbilligung, dort für Lebensmittelzölle; hier für Weiterführung der Sozialpolitik, dort für deren Einschränkung; hier für Sicherung des Koalitionsrechts, dort für Arbeitswillensschutz!

Schon die äußere Aufmachung des Kongresses stand in Widerspruch zu den löblichen Beschlüssen. Allerlei Vertreter der höchsten Staatsbehörden waren im arbeiterfreundlichen Mäntelchen erschienen. Wilhelm II., der allerhöchste Schützer der Lauffs und Ahnes, hatte huldvollst geruht, den Kongreßteilnehmern 50 Theaterbilletts zu spenden. Die Kunst dem Volke wie die Religion! Der Dank für so viel Aufmerksamkeit kam in einem Ergebenheitstelegramm und dem unvermeidlichen Kaiserhoch zum Ausdruck. Wenn der Kaiser die Beschlüsse und Forderungen des Kongresses ernst nehmen würde, so mühte er auch die Teilnehmer daran in die Strafkasse der Reichsfeindlichkeit verweisen, mühte er sie jener Rolle von Menschen zuzählen, die „nicht wert sind, den Namen Deutsche zu tragen“. Aber Wilhelm II. kennt seine Pappenheimer. Wie ungenau und irreführend er auch über das Erwachen der Arbeitermassen unterrichtet sein mag, das eine ist ihm bekannt: Arbeitervertreter, denen es ernst mit dem Dienst ihrer Sache ist, die dienen nicht vor Fürstenthronen, die haben festes Rückgrat und steifen Raden. Die christlich-nationalen Arbeiterorganisationen

werden von der Regierung richtig eingeschätzt als das, was sie sind: ein Bleigewicht, das die vorwärtsschreitende Arbeiterbewegung hemmt. In der Tat: tragen diese Organisationen nicht Zwietracht und Kampf unter die Massengenossen, die geeint sein sollten zum Ringen gegen das ausbeutende Unternehmertum und seinen politischen Büttel, den Staat. Schon die nächste Zeit wird zeigen, was bei den Führern dieser Organisationen Schein, was Wirklichkeit ist. Diese Herren laufen im Schlepptau der bürgerlichen Parteien und führen ihnen proletarische Wähler zu. Im Reichstag ist übergenug Gelegenheit, zu erproben, ob die bürgerlichen Parteien für die Kongreßbeschlüsse zuverlässig einreten. Wer's glaubt, zählt einen Taler.

Auf dem wirtschaftlichen Kampfplatz herrscht gegenwärtig fast völlige Ruhe. Gewiß ist der Monat Dezember fast nie eine Zeit größerer Kämpfe gewesen. Heuer aber ist es der Hinblick auf die furchtbar lastende Krise, der die Kampfeslust lähmt. Nur vereinzelt sind kleine Bewegungen zu verzeichnen. Der Staat hat bis jetzt für die Opfer der Krise nur beschwichtigende Worte gehabt, die Kommunen haben bloß vereinzelt, widerwillig und völlig unzulänglich Hilfe für die Arbeitslosen geleistet. Die proletarische Selbsthilfe zieht unterdessen auch auf diesem Gebiet sozialer Aufgaben immer weitere Kreise. In brüderlicher Gesinnung sucht sie die schwärzeste Not der unfreiwillig Feiernden zu lindern. In vielen größeren Städten sind die Partei- und Gewerkschaftsgenossen am Werk, damit ein Freuden- und Hoffnungsschimmer zu Weihnachten das graue Elend der Arbeitslosen und ihrer Kinder erhelle. Sie vergessen nicht, daß Hunderttausende darben, während die Besitzenden — recht oft ohne Liebe, nur um der konventionellen Heuchelei zu genügen — zu Weihnachten das Geld mit vollen Händen hinauswerfen. Überall werden Weihnachtsbescherungen für die Arbeitslosen und ihre Kinder vorbereitet. Mancher, der sein Scherflein zu den Sammlungen dafür beiträgt, weiß nicht, ob nicht auch er schon zu Weihnachten in der großen Reservearmee der Unbeschäftigten steht, die der Kapitalismus schafft, und die er braucht, um die Forderungen der arbeitenden Proletarier in Schranken zu halten. In Berlin in konnten Mitte Dezember schon über rund 150 000 Mk. quittiert werden, der Ertrag von Sammlungen und von Zuwendungen der Gewerkschaften und der Partei. Eine respektable Summe das. Und doch will sie für das große Heer der Arbeitslosen und ihrer Familien nicht viel bedeuten.

Die Scharfmacher haben mit bodenloser Frechheit darüber gehöhnt, daß die Leistungen der Gewerkschaften für die Arbeitslosen viel zu niedrig seien. Die Verbände, so faszelten sie, sollten doch für die Arbeitslosenunterstützung mit ihren großen Kassenbeständen, ihren aufgesammelten Millionen herausrücken, wenn ihnen die Not der Brüder ohne Verdienst wirklich so sehr am Herzen liegt. Wir glauben's den Scharfmachern gern, daß ihre Freude groß sein würde, wenn die Gewerkschaften den „gut gemeinten“ Rat befolgten. Es könnte den Herren in ihren Kram passen, daß die Verbände sich ihrer Kampfesfonds entäußerten, denn dann wären die Arbeiter zu allem Elend noch schutzlos der kapitalistischen Profitgier ausgeliefert. Ist doch die stark gerüstete Gewerkschaft die feste Schuhmehre der Ausgebeuteten wider die Gelüste ihrer Ausbeuter und Peiniger. Gerade in Zeiten der Krise ist es wichtig, daß die Gewerkschaften mit wohlgefüllten Kassen dastehen. Das Unternehmertum liegt auf der Lauer, um den schlechten Wirtschaftsgang zu Lohnkürzungen und anderen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen auszunützen. Die Furcht vor kampfstüchtigen Organisationen muß solche Gelüste im Zaume halten.

Nur die Angehörigen eines Berufs zeigen sich in der Zeit wirtschaftlichen Niederganges kampfeslustig. Das sind die Ärzte. Ihre organisatorische Vertretung, der Leipziger Ärzteverband stellt nach wie vor hohe Forderungen an die Krankenkassen. Vertreter, die für einzelne Orte oder ganze Bezirke zwischen Ärzten und Krankenkassen abgeschlossen waren, sind wieder aufgehoben worden, weil sie den Bedingungen des Leipziger Verbandes nicht entsprachen. Das hat ein „Terror“ zuwege gebracht, der als schlimmster sozialer Greuel gebrandmarkt wird, wenn es sich um Arbeiter handelt. Mit dem Inkrafttreten der gesetzlichen Bestimmungen über die Krankenversicherung am 1. Januar 1914 wird es wahrscheinlich zu großen Kämpfen zwischen Krankenkassen und Ärzten kommen. Die Krankenkassen werden vielfach vom Rechte des § 370 der Reichsversicherungsordnung Gebrauch machen müssen. Danach können sie bei nichtärztlicher Versorgung der Kranken unter Zustimmung des Oberversicherungsamtes erhöhtes Krankengeld zahlen, von dem dann das erkrankte Mitglied die Kosten der ärztlichen Hilfe selbst bestreiten muß. Wenn die festangestellten Ärzte nicht genügend zahlreich sind, um alle kranken Kassenmitglieder zu behandeln, so werden sie sich in der Haupt-

sache darauf beschränken müssen, Krankenscheine auszustellen. Eine interessante Episode aus diesem Kampfe: In Pittau i. S. lehnten die Ärzte eine Vereinbarung mit den Krankenkassen ab, obgleich die Bedingungen ihren Forderungen entgegenkamen. Nun sind österreichische Ärzte angestellt worden, die nicht weit von der Stadt ihren Wohnsitz haben. Möglich ist, daß die Reichsregierung in den Konflikt zwischen Kassen und Ärzten eingreift, um eine zentrale Regelung der Bedingungen für das ganze Reich herbeizuführen.

Unter den Ruhrbergleuten gärt es wieder. Feierlichkeiten, Lohnreduktionen und Arbeiterentlassungen rütteln die Grubenflaven aus der Gleichgültigkeit und Mutlosigkeit empor, in die sie nach dem verlorenen Streik gesunken waren. Eine große Versammlung in Essen stimmt dem Referenten sehr lebhaft zu, als er zu schleunigem, kraftvollem Aufstehen anfeuernde, damit die drohende Gefahr weiterer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abgewehrt werde. In der Zeit der Hochkonjunktur haben sich die Löhne nicht entfernt so wie die Riesengewinne der Unternehmer gehoben. Sie sind niedrig genug geblieben und haben nicht Schritt mit der unerhörten Lebensmittelverteuerung gehalten. Und jetzt werden gar die Löhne herabgesetzt, obgleich sich die Unternehmerprofite auf der alten Höhe gehalten haben. Das wurde in der Versammlung einwandfrei festgestellt. Es hieß auch, die Christlichen, die immer mit dem Streik drohen, sollten nur handeln. Der Bergarbeiterverband werde sich nicht nach dem frommen Muster des Streikbruchs schuldig machen.

Im Schnorren bei den Unternehmern wollen die Christlichen anscheinend den Gelben erfolgreiche Konkurrenz machen. In Karlsruhe i. B. hat sich ein christlicher Arbeitersekretär mit einem recht unterwürfigen Rundschreiben an die Unternehmer gewandt und sie um materielle Unterstützung angebetelt. Natürlich zu einem kapitalistengefälligen Zwecke. Nämlich um bei den Krankenkassenwahlen im Sinne der nationalen und staatsstreuen Gewerkschaften wirken und die „sozialdemokratische“ Arbeiterschaft mit Erfolg bekriegen zu können. Ein Vertrauensmann der Christlichen besuchte die Unternehmer, um die milden Gaben einzusammeln. Nach solchen Heldeniaten feiern die christlichen und nationalen Organisationen ihre „Siege“ bei den Krankenkassenwahlen! Schöne Siege das, zu denen sie von Soldknechten der Unternehmer geführt worden sind. Abriegen wird die Logik der Dinge dafür sorgen, daß die organisierte Massenbewusste Arbeiterschaft künftig den Krankenkassenwahlen erhöhte Aufmerksamkeit schenkt. Auch sie werden zu einer Schule der Aufklärung werden. Und dann werden die Führer bald abgewirtschaftet haben, die mit dem Hut in der Hand demütig vor den Ausbeutern winseln, um die zielbewusste Vertretung der proletarischen Interessen aus dem Felde zu schlagen. #

Arbeitslosenzählung im Deutschen Textilarbeiterverband. Die Novemberzählung ergab 2223 Arbeitslose, darunter 810 weibliche; im Vormonat waren 2281 und im November des Vorjahres nur 728 Arbeitslose gezählt worden. Am Zählungstag wurden Arbeitslose als auf der Reise befindlich gemeldet: 136, darunter 13 weibliche; im Vormonat waren es 150 und im November des Vorjahres 91. Die Novemberzählung ergab 84 732 männliche und 54 477 weibliche Organisierte, zusammen also 139 209 Mitglieder. Die Novemberzählung umfaßte 98 Prozent der Mitglieder. sk.

Von der englischen Textilarbeiterschaft. Nach der „Sozialen Praxis“ wurden in England 407 360 männliche, 679 863 weibliche Textilarbeiter gezählt. In neuerer Zeit übersteigt in einigen Organisationen die Zahl der weiblichen Mitglieder die der männlichen. So bei dem Gewerbeverein der Weber und Spuler des Bezirks Blackburn, der 1854 gegründet wurde und im Jahre 1910 4510 Männer und 10 523 Frauen umfaßte. Im allgemeinen jedoch ist die Organisation der Arbeiterinnen hinter der der Arbeiter zurückgeblieben. 1910 waren 196 163 Arbeiter und nur 183 019 Arbeiterinnen der Textilindustrie organisiert. Aber die Gleichgültigkeit der Frauen im Gewerkschaftsleben wird sogar in den Organisationen geklagt, wo sie selbst die Mehrheit haben. Auch da überlassen sie den Männern alle Verwaltungsarbeit. Was den Lohn anbetrifft, so scheinen die Textilarbeiterinnen keine glänzenden Erfolge erzielt zu haben, obgleich die Art ihrer Arbeit überwiegend die gleiche wie die der Männer ist. Nach Angaben des Board of Trade (Arbeitsamt) ist 1909 der durchschnittliche Wochenlohn der Männer in allen Zweigen der Textilindustrie auf 28 Schilling 1 Penny berechnet worden, der der Frauen dagegen auf nur 15 Schilling 5 Pence. Nach Berechnungen von anderer Seite ist ein Mindesteinkommen von 21 Schilling für den Mann und von 12 Schilling für die Frau zu einem ordentlichen Auskommen der

Familie erforderlich, vorausgesetzt, daß höchstens zwei Kinder zu erhalten sind. In der Textilindustrie haben jedoch 99 800 Männer und 177 700 Frauen ein geringeres Einkommen als 21 Schilling oder 12 Schilling. Nach einer Aufstellung über Wochenlöhne der Frauen, die sich auf die Jahre 1826 bis 1906 erstreckt, erhielten die Spulerrinnen im Jahre 1826 9 Schilling 6 Pence Wochenlohn, 1906 15 Schilling 3 Pence. Die Männer haben in der Textilindustrie ständig und mit Erfolg auf verkürzte Arbeitszeit für die Frauenarbeit hingedrängt. Das hatte auch eine Herabsetzung ihrer Arbeitszeit zur Folge. Seit 1905 ist die Arbeitszeit auf 53 1/2 Stunden wöchentlich festgesetzt, und gegenwärtig gilt der Kampf dem freien Sonnabend. Die weitere gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit war Gegenstand einer Zusammenkunft englischer Parlamentarier — Arbeiter und Arbeitgeber der Textilindustrie —, die in den letzten Monaten stattgefunden hat. Sie beschäftigte sich mit der im Auftrag der Arbeiterschaft eingebrachten Gesetzesvorlage: die Arbeitszeit in Baumwollfabriken auf 48 Stunden wöchentlich herabzusetzen. Die verlangte Herabsetzung der Arbeitszeit beträgt 7 1/2 Stunden pro Woche. Die Arbeitervertreter schlagen vor, daß die Verkürzung in drei Etappen geschehen soll. Die Forderung herabgesetzter Arbeitszeit wird damit begründet, daß die Arbeit in den Baumwollfabriken viel anstrengender geworden ist als vor etwa zehn Jahren, wo die letzte Herabsetzung stattgefunden hat. Die Maschinen sind seit der Zeit stark verbessert worden und laufen viel schneller. Die Arbeiter sind gezwungen, mit dem Gang der Maschinen Schritt zu halten. Dadurch spannt die Arbeit ihre Kräfte viel stärker an als früher. Von allen Verbesserungen der Maschinen haben die Lohnflaven der Textilindustrie nichts geerntet als angestrengteres Schaffen. Die Arbeitgeber nehmen zu der erhobenen Forderung eine schroff ablehnende Haltung ein. So erklärte Herr C. Travis, der Vizepräsident des Fabrikantenvereins für die Baumwollspinnerei von Oldham: „Wenn irgend möglich, so möchten wir uns gewiß gern verständigen, ... aber ich glaube, auf eine Verständigung in dieser Frage ist nicht zu hoffen. Wir werden diese Vorlage zur Verkürzung der Arbeitszeit in der Baumwollindustrie mit allen unseren Kräften und mit Aufwendung des letzten Pennings bekämpfen. Das möchte ich ganz deutlich sagen.“ Unsere Leserinnen ersehen, daß auch jenseits des Kanals die Textilarbeiterschaft die Verkürzung der Arbeitszeit energisch verlangt. Während die deutschen Textilarbeiter auf den freien Sonntagnachmittag drängen, fordern ihre englischen Berufsgenossen bereits das „freie Wochenende“, die Freigabe des ganzen Sonntags. Das muß uns alle anspornen, die Bestrebungen zur Erringung des freien Sonntagnachmittags mit aller Kraft zu unterstützen. sk.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Rechtliches über die Weihnachtsgeschenke der Dienstherrschaften an die Dienstboten. Die Geschenke, namentlich die Weihnachtsgeschenke, spielen für die Dienstboten noch eine große Rolle. Die Dienstherrschaften suchen möglichst daran festzuhalten, die den Hausangestellten zukommende Vergütung für ihre Arbeit nicht in die Form eines bestimmten Lohnes zu bringen, sondern zum Teil in beliebigen Geschenken zu entrichten. Dadurch sollen die Dienenden immer willfährig gehalten und angespornt werden, sich fortgesetzt um die Gunst der Herrschaft zu bemühen. Daher sollten die Dienstboten unter Verzicht auf etwaige Schenkungen lieber einen auskömmlichen Lohn fordern. Jedes wird die bestehende Einrichtung nicht so leicht abzuschaffen sein. Es ist deshalb angebracht, die gesetzlichen Bestimmungen zu betrachten, die über die Schenkungen vorhanden sind.

Wenn bestimmte oder regelmäßige Geschenke bei Abschluß des Dienstvertrags schriftlich oder mündlich vereinbart worden sind, so bilden sie einen Teil des vertragsmäßigen Lohnes und müssen in allen Fällen von der Herrschaft gewährt werden. Bei einer Verweigerung können die Dienstboten sie einklagen. Derartig festgelegte Geschenke können auch nach Gewährung niemals wieder zurückverlangt oder auf den Lohn aufgerechnet werden. Trotz der vertraglichen Vereinbarung der Geschenke sind aber Schädigungen der Dienstboten nicht ausgeschlossen. Denn über den Umfang und den Wert der Geschenke können die Ansichten weit auseinandergehen. Es empfiehlt sich daher, daß die Hausangestellten ihre Vereinbarungen mit der Herrschaft möglichst klar und zweifelsfrei treffen.

Sind Geschenke nicht ausdrücklich vereinbart, so ist es zweifelhaft, ob sie verlangt werden können. Die Dienstboten stehen hier — wie in so vielen anderen Fällen — unter einem Ausnahmerecht. Für gewerbliche Arbeiter und Angestellte ist in besonderen

Fällen schon wiederholt gerichtlich festgestellt worden, daß berufs-, betriebs-, orts- oder sonst übliche Geschenke gewährt werden müssen, auch wenn sie nicht bestimmt im einzelnen Falle vereinbart sind. Man hat bei Zweifeln stillschweigende Vereinbarung angenommen. Für Diensthöfen besagen die meisten Gesindeordnungen aber das Gegenteil. So sagt § 34 der altpreussischen Gesindeordnung, daß „Weihnachts-, Neujahrs- und andere dergleichen Geschenke das Gesinde auch auf den Grund eines Versprechens niemals gerichtlich einklagen“ kann. Einige andere Gesindeordnungen enthalten ähnliche Bestimmungen. Diese Vorschriften fassen nur solche Geschenke ins Auge, die gelegentlich versprochen sind. Ausgeschlossen davon sind Geschenke, die als Teil des Lohnes bei Abschluß des Dienstvertrags oder auch später vereinbart worden sind. Im § 36 der preussischen Gesindeordnung steht geschrieben: „In allen Fällen, wo Weihnachts- oder Neujahrs Geschenke während eines Dienstjahres schon wirklich gegeben worden, kann die Herrschaft dieselben auf den Lohn anrechnen, wenn der Dienstvertrag im Laufe des Jahres durch Schuld des Gesindes wieder aufgehoben wird.“ Die Bestimmung bezieht sich nur auf die angeführten Geschenke, nicht Geburtstagsgeschenke, Trinkgelder usw. Wiederum sollen auch nicht die als Lohn bestimmt vereinbarten Geschenke getroffen werden. Die Bestimmung spricht auch nicht vom Zurückverlangen oder vom Zurückgeben des Geschenkes, sondern nur vom Anrechnen auf den Lohn. Ist der Lohn schon gezahlt, so ist auch eine Anrechnung nicht mehr möglich. Solchenfalls wird der § 36 der altpreussischen Gesindeordnung hinsichtlich, ebenso die gleiche Bestimmung einer Anzahl anderer Gesindeordnungen. Das Dienstjahr rechnet vom Datum des Dienstantritts an, es fällt nicht mit dem Kalenderjahr zusammen. Wer daher am 1. April 1913 in Dienst trat und vor dem 31. März 1914 den Dienst nicht verläßt, braucht sich die Aufrechnung der Geschenke nicht gefallen zu lassen. Ferner ist nur Anrechnung der Weihnachts- oder Neujahrs Geschenke des betreffenden jedesmaligen Dienstjahres gestattet, nicht auch die früherer Dienstjahre.

Es wird allerdings von einer Entscheidung des Amtsgerichts zu Charlottenburg vom 13. Mai 1912 berichtet, nach der § 36 der altpreussischen Gesindeordnung keine Gültigkeit mehr habe. Es wäre gewiß erfreulich, wenn die Gerichte sich dieser Auffassung anschließen würden. Wer aber die Praxis der hier nur zuständigen Amtsgerichte kennt, wird keine starken Hoffnungen darüber hegen können.

Von der angeführten Ausnahme der möglichen Anrechnung der Weihnachts- und Neujahrs Geschenke auf den Lohn ist ein Widerruf unstatthaft, also ein Zurückverlangen der Geschenke nicht angängig. Es gilt der Grundsatz: „Geschenkt ist geschenkt.“ Der § 530 des Bürgerlichen Gesetzbuchs spricht allerdings davon, daß eine Schenkung widerrufen werden kann, wenn hinterher der Wesenfte gegen den Schenker sich eines groben Undanks schuldig macht. Soweit das Verhältnis zwischen Dienstherrschaft und Diensthöfen in Frage kommt, gilt die Bestimmung nur für ungewöhnliche Geschenke (Vermögen usw.), die doch höchstens ausnahmsweise vorkommen. Für die üblichen und gewöhnlichen Geschenke (Geburtstags-, Weihnachts- geschenke usw.) kommt § 534 in Frage, der bestimmt: „Schenkungen, durch die einer sittlichen Pflicht oder einer auf den Anstand zu nehmenden Rücksicht entsprochen wird, unterliegen nicht der Rückforderung und dem Widerruf.“ Da die zuletzt angeführten Geschenke unter diese Art von Schenkungen fallen, können sie auch niemals zurückverlangt werden. F. Kl.

Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswezens.

Die Frau im Handwerk. An der Gewerbeschule in Freiburg i. B. fand im Sommer ein praktischer Vorbereitungskurs zur Gesellenprüfung für weibliche Personen statt. Er hatte 14 Teilnehmerinnen. Die „Mittelständler“ müssen sich mit der Tatsache abfinden, daß die Frau als Berufstätige auch im ehrlichen Handwerk vordringt. Und sie beginnen das mit anderen Augen zu betrachten als früher. Damals erblickten sie das Heil in dem gesetzlichen Verbot der Frauenarbeit. Jetzt dagegen sehen sie in dieser ein Mittel, sich möglichst billige Arbeitskräfte zu sichern. Daher ihr Ruf nach fachtechnischer Ausbildung weiblicher Handwerker und die Eröffnung von Anstalten dafür. Solche Ausbildung ist gewiß zu begrüßen. Jedoch sie wird nicht die Hoffnungen erfüllen, die bürgerliche Damen und Mittelstandsbreiter an sie knüpfen. Sie wird weder der kapitalistischen Ausbeutung und Erniedrigung der Frauenarbeit wehren noch dem Handwerk den goldenen Boden zurückgeben, den die Mammuthbetriebe ihm entziehen.

Meisterinnen im Ordensschleier. Die Handwerkskammer Freiburg i. B. veröffentlicht das Ergebnis der Herbstprüfungen, die gemäß § 133 der Gewerbeordnung in ihrem Bezirk wegen Zuerkennung des Meistertitels im Handwerk stattgefunden haben. Die Prüfung wurde von 143 männlichen und 127 weiblichen Personen bestanden. Unter den letzteren befanden sich 26 Ordensschwestern aus Freiburg, 14 davon erwarben den Meistertitel als Kleidermacherinnen, 11 als Weihnäherinnen und 1 als Stickerin.

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Streitlichter auf die Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen in den Herzogtümern Koburg und Gotha läßt der Bericht der Gewerbeinspektion für das Jahr 1912 fallen. Unter den 1411 revisionspflichtigen Betrieben in den beiden Ländchen befinden sich 381, in denen Arbeiterinnen über 16 Jahre beschäftigt werden, und 707, wo Jugendliche tätig sind. 595 Betriebe wurden revidiert. In Anlagen mit mindestens 10 Arbeitskräften wurden 30 007 Personen verwendet. Die Zahl der erwachsenen Arbeiterinnen war von 5041 im Jahre 1911 auf 5162 gestiegen, die der jungen Leute von 2845 auf 3092 und die der Kinder unter 14 Jahren von 13 auf 14. Frauen wurden beschäftigt in der Steinindustrie, in Ziegeleien und Glashütten, bei der Metallverarbeitung, in der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate, in der chemischen Industrie, in forstwirtschaftlichen Nebenberufen, in der Textilindustrie, bei der Herstellung von Fasern, der Verarbeitung von Tierhaaren und Abfällen, in der Papier-, Leder- und Holzindustrie wie in den Bürstenmachereien, bei der Herstellung von Gemüse- und Obstkonserven, in der Zigarren- und Bekleidungsindustrie, im Reinigungsgewerbe, in den polygraphischen Gewerben und Buchdruckereien. In den revidierten Betrieben frondeten zusammen 5635 weibliche Personen, 4717 erwachsene Arbeiterinnen, 915 Jugendliche und 3 Mädchen unter 14 Jahren.

40 erwachsene und 13 jugendliche Arbeiterinnen erlitten Unfälle, im Vorjahr waren nur 24 und 11 Proletarierinnen von solchen betroffen worden. Wir lesen in dem Bericht: „Die Unterkunfts- räume der Wanderarbeiter in den Ziegeleien gaben verschiedentlich zu Anordnungen Anlaß; in zwei Fällen war das Wohnen von zwei Familien in einem Räume zu unterfagen, und im anderen Falle bedurften die Räume einer gründlichen Reinigung. In einer Porzellanfabrik sind vier Räume mit je zehn Betten für männliche Arbeiter und drei Räume mit je zehn Betten für Arbeiterinnen hergerichtet.“ Diese amtlichen Feststellungen lassen erkennen, wie weit die Ausbeutungspraktiken mancher Unternehmer gehen. In zahlreichen Fällen sand die Gewerbeaufsichtsbeamten Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften und Verordnungen zur Regelung der Arbeitszeit wie auch zur Wahrung des Anstandes und der guten Sitte. Überschreitungen der gesetzlich vorgeschriebenen zehnstündigen Arbeitszeit für Arbeiterinnen wurden festgestellt: in einer Ziegelei, einer Metallwarenfabrik und einer Korbmöbelfabrik, in drei Betrieben der Kleider- und Wäschefabrikation und in einer Druckerei. In sieben Fällen war die gesetzwidrige Beschäftigung von Arbeiterinnen an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage zu beanstanden. Die Zahl der bewilligten Überstunden war um 11 077 geringer als im Jahre 1911, immerhin mußtten von 1152 Arbeiterinnen in 40 Betrieben 37 100 Überstunden geleistet werden. Sonntagsarbeit wurde 5 Betrieben gestattet. Was die Arbeitszeit anbelangt, so verdienen noch diese Ausführungen des Berichts Beachtung:

„In einigen Betrieben, in denen die achtstündige Arbeitszeit am Sonnabend erst um 5 Uhr endete, wurde von den Arbeiterinnen, um mehr freie Zeit am Sonnabendnachmittag zu haben, der Wunsch nach Einführung einer durchgehenden Arbeitszeit vorgebracht. In der Mehrzahl der in Frage kommenden Betriebe hat sich die gewünschte Änderung durchführen lassen. In den beiden größeren Dampfwaschanstalten, wo anfangs die Besorgung bestand, daß unter der neu eingeführten achtstündigen Arbeitszeit am Sonnabend das Geschäft recht ungünstig beeinflusst würde, hat man sich an den früheren Arbeitschluß gewöhnt, trotzdem gerade in diesen Betrieben am Sonnabend sich viel Arbeit durch Fertigstellen und Abholen der Wäsche zusammen- drängt. Den früheren Sonnabendchluß wissen die Arbeiterinnen, hauptsächlich die Frauen, immer mehr zu schätzen, da sie so in der Lage sind, die nötigen Arbeiten im eigenen Haushalt noch am Sonnabend zu besorgen und am Sonntag sich einige Stunden zu erholen. Troß der verkürzten Arbeitszeit wird in vielen Betrieben der Lohn voll ausgezahlt.“

Wie diese Äußerung zeigt, läßt sich die Forderung der kürzeren Arbeitszeit am Sonnabendnachmittag sehr wohl durchführen, und

die Unternehmer haben sicherlich keinen Schaden davon. Den Arbeiterinnen kommt der freie Sonnabendnachmittag ganz besonders zugute; sie sollten daher auf diese Regelung der Arbeitszeit drängen. Freilich können sie für ihre Forderung nur auf Erfolg rechnen, wenn sie gewerkschaftlich stark organisiert sind. Das ist aber bei den meisten Arbeiterinnenarten leider nicht der Fall. So muß die Mehrzahl der erwerbstätigen Proletarierinnen auch am Sonnabend bis 5 Uhr nachmittags in Fabriken und Werkstätten schuften, ja viele noch länger, wie die „Zu widerhandlungen“ zeigen. Daß die Lage mancher Arbeiterinnen im Berichtsjahr auch sonst nicht rosig war, dafür spricht eine Feststellung. Verschiedentlich sind trotz der höheren Kosten des Lebensunterhalts Lohnkürzungen vorgekommen. Die Herren Unternehmer kümmern es natürlich nichts, wie die Arbeiterinnen nun zurecht kommen. Mögen sie den Schmachtriemen fester ziehen!

Rücksicht auf das Wohl der proletarischen Kinder kennen die Unternehmer ebensowenig. Daher mißachten sie auch das Kinderschutzgesetz. Es hatten deswegen Verurteilungen zu erfolgen. Der Bericht betont, daß die Zahl der Zu widerhandlungen gegen das Kinderschutzgesetz nicht abgenommen hat. Die Urteile vieler Klassenlehrer über den Einfluß der gewerblichen Arbeit auf die Kinder lassen eine Einschränkung wünschenswert erscheinen. Das ist gewiß sehr milde gesprochen angesichts der stark verbreiteten gewerblichen Ausbeutung proletarischer Kleinen in Thüringen. Nach den Schullisten wurden in dem kleinen Aufsichtsbezirk nicht weniger als 1779 Kinder gewerblich beschäftigt. Man beachte dabei, daß fast nur Kinder erfaßt wurden, die für fremde Leute arbeiteten, nicht aber die Kleinen, die im Elternhaus oder bei Angehörigen einem ländlichen Verdienst nachgehen, der nur zu oft die Gesundheit des Leibes und der Seele zerstört. In einigen Betrieben mußte die Kinderarbeit verboten werden; mehrfach waren auch Arbeitsstätten zu beanstanden. Die Gewerbeaufsicht ermittelte in 47 Betrieben 96 Zu widerhandlungen gegen die Vorschriften für die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter. Dabei bemerkt sie, die Feststellung bei kleinen Betrieben sei immer recht schwierig. Wie viele Gesetzesübertretungen mögen wohl nicht erfaßt worden sein! Es gibt noch recht viel Arbeit für die Gewerbeinspektion. Vor allen Dingen müssen aber die Arbeiter und Arbeiterinnen selbst darauf bedacht sein, allezeit für die Durchführung und Erweiterung des Arbeiterschutzes zu sorgen. B. K.

Ueber Lohnsteigerung und Arbeitszeitverkürzung in der amerikanischen Textilindustrie hat nach dem „Journal of the United Textile Workers of America“ das Bureau of Labor Statistics in Washington folgende Angaben gemacht:

Von 1890 bis 1912 stiegen die Löhne in der Baumwollindustrie um 61,5 Prozent, in der Wollindustrie um 49,7 Prozent, in der Seidenindustrie um 18,8 Prozent. Von dieser Erhöhung des Verdienstes entfielen auf die Periode von 1910 bis 1912 in der Baumwollindustrie 11,1 Prozent, in der Wollindustrie 12,5 Prozent, in der Seidenindustrie 4,1 Prozent. Am wenigsten sind die Löhne im allgemeinen, wie auch in den Jahren 1910/12 im besonderen in der Seidenindustrie gestiegen. Das größte Steigen der Löhne weist für die ganze Periode 1890/1912 die Baumwollindustrie auf, während von 1910/12 die Löhne in der Wollindustrie die stärkste Erhöhung erfahren haben.

Die Verkürzung der Arbeitszeit betrug im Zeitraum 1890/1912 in der Baumwollindustrie 8,1 Prozent, in der Wollindustrie 6,3 Prozent, in der Seidenindustrie 5,8 Prozent. Was zeigen diese Feststellungen? Daß auch in Amerika die geringste Lohnsteigerung mit der geringsten Verkürzung der Arbeitszeit Hand in Hand geht. Textilarbeiter und -arbeiterinnen, beherzigt diese Lehre. Verkürzung der Arbeitszeit bringt euch höhere Löhne. Verlängerung der Fron schafft euch nicht besseren Lohn. ss.

Frauenstimmrecht.

Ortskrankenkassenwahlen und Frauenstimmrechtsvereine in München. In München fanden kürzlich die Wahlen zu dem Ausschuß der Ortskrankenkasse statt. In der Hauptstadt des kaiserlichen Königreichs Bayern, wo trotz moderner Kultur ein Ministerium Herling möglich ist. Man kann sich denken, wie da der Wahlkampf geführt wurde. Alle bürgerlichen Parteien, Parteien, Gruppen, Organisationen, die einander sonst wütend bekämpfen, sanken einander brüderlich geeint in die Arme, um zusammen den einen großen Feind niederzuzwingen: die Kandidaten der freien Gewerkschaften. Da gab es liberale Blätter, gegen die die oberste katholische Kirchenbehörde soeben öffentliche Erklärungen losließ, weil die Sünder in einem geschichtlichen Aufsatz die katholische Moral dafür verantwortlich gemacht hatten, daß ganze Staaten dem Untergang entgegengeführt worden seien. Die nämlichen liberalen Blätter unterstützten aber in

der gleichen Zeit die Merikalen Gewerkschaften und ihre reaktionären Verbündeten. Es ist immer noch das alte Gespenst des Kommunismus, gegen das die modernen Meiterliche kämpfen! In jeder Lebensäußerung der Ausgebeuteten fürchten und hassen sie die Befreiungssehnsucht der Klasse. Nur so erklärt sich der leidenschaftliche Kampf gegen die Kandidatenliste, die die freien Gewerkschaften für die Ortskrankenkassenwahl aufgestellt hatten. Denn das muß hervorgehoben werden: die Münchener Ortskrankenkasse hatte bisher eine musterhafte Verwaltung, und das dank der Vertretung der freien Gewerkschaften. Nichtsdestoweniger kämpfte mit den Zentrumschriften gegen die verhasste „rote Internationale“ jeder, der bürgerlich empfand und dachte.

Am meisten wurden die weiblichen Wähler umworben, insbesondere die neuen Gruppen von Wählerinnen, darunter die Dienstboten. Man rechnete auf ihre Unerfahrenheit in sozialen Dingen und ihre Abhängigkeit. Von den schwarzen Demagogen und ihren Bundesbrüdern und Bundeschwestern ist das Menschenmögliche geleistet worden, um weibliche Stimmen zu ergattern. Besonders Interesse muß dabei das Verhalten des Vereins für Frauenstimmrecht beanspruchen. An seiner Spitze steht Lydia Gustava Heymann. Man sollte meinen, daß es seine Sache gewesen wäre, gelegentlich der Krankenkassenwahlen aufzuzeigen, wer die Schuld daran trägt, daß die Frauen bei der Verwaltung der Krankenversicherung das Wahlrecht nur zu den unteren Instanzen besitzen, nicht aber auch zu den oberen Verwaltungsbehörden. Man sollte meinen, daß die Damen des Vereins mit Nachdruck für das volle Verwaltungsrecht aller Versicherten gekämpft hätten. Das taten sie aber nicht. Vielmehr machten sie dem Gewerkschaftsverein den naiven Vorschlag, abwechselnd je einen Mann und je eine Frau auf seine Kandidatenliste zu setzen. Der Vorschlag wurde abgelehnt, weil bei den Gewerkschaften die Aufstellung der Kandidaten Sache der organisierten Männer und Frauen selbst ist, und diese kennen bei der Wahl ihrer Vertreter schon längst keinen Unterschied mehr zwischen den Geschlechtern. Der Verein veranstaltete nun eine Versammlung, in der ein Arzt referierte, der als erster Sozialpolitiker bekannt ist, Dr. Epstein, dazu Fräulein Anita Augspurg. Nachdem Dr. Epstein einen vorzüglichen Vortrag über die Aufgaben der Krankenkasse gehalten hatte, sprach Fräulein Augspurg zu den Wählern. Mit keinem Wort ging sie auf das schwere Unrecht ein, das bei der Schaffung der Versicherungsgesetzgebung den Frauen angetan worden ist, mit keinem Wort zog sie die Konsequenzen daraus. Sie befaßte sich auch nicht damit, wie das von Dr. Epstein vertretene Programm für die Krankenversicherung verwirklicht werden könne. Fräulein Augspurg hielt die Kraft ihres Geistes und ihrer Zunge häuslicher zusammen, um die Liste der Gewerkschaftsgegner zu empfehlen, die Liste des sogenannten sozialen Ausschusses, in dem Merikale, Liberale, Deutschnationale und Antisemiten einträchtig vertreten waren. Und sie ging noch weiter. Sie schlug sogar vor, am Wahltag sollten die Damen ihre Dienstboten zum Wahllokal begleiten. Fräulein Augspurg begründete ihre Stellungnahme damit, daß auf der reaktionären Liste ein oder zwei Frauen mehr Aussicht hätten, in den Ausschuß gewählt zu werden, als auf der Liste der freien Gewerkschaften. Die frauenrechtlerische Empfehlung wurde in der Diskussion von dem Syndikus eines Industriellenverbandes und einem christlichen Arbeitersekretär mit schmunzelndem Schagen in Empfang genommen. Der Arbeitersekretär Genosse Thomas stellte den Ausführungen des Fräulein Augspurg entgegen, was die Vorsitzende, Fräulein Heymann, bei der Eröffnung der Versammlung erklärt hatte: „Gebt den Frauen das Wahlrecht, sie werden schon Gebrauch davon zu machen verstehen.“ Unter lebhaftem Beifall zeigte er den Widerspruch zwischen den Äußerungen der beiden Damen. Wenn die Stellungnahme der frauenrechtlerinnen zugute komme, das wies Genosse Maurer an den Worten des Industrieverreters und des christlichen Arbeitersekretärs scharf nach. Herr Dr. Epstein wendete sich in seinem Schlusswort gegen die frauenrechtlerische Lösung, weil dadurch die Wahl sozialpolitischer Rückschrittler herbeigeführt werde. Alles war vergeblich. Fräulein Augspurg beharrte auf ihrem Standpunkt. Sie hat damit wieder einmal mehr bekräftigt, daß sie kein Verständnis für die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen besitzt und daß in der Praxis die beschränkte bürgerliche Nichts-als-Frauenrechtleri nur den besitzenden Schichten, den Reaktionsären zugute kommen.

Die Wahl war an einem Sonntag. Katholische Pfarrer kamen nach dem Gottesdienst mit ganzen Kolonnen Dienstboten zu den Wahllokalen, Dienstherren führten ihre Mädchen zur Urne,

und die Damen des Frauenstimmrechtsvereins beteiligten sich an dieser eigenen Art der Ausübung des Frauenwahlrechts. Fräulein Augspurg und Fräulein Heymann haben den zweifelhaften Ruhm, an solchem „Gebrauch“ des Frauenwahlrechts mitgewirkt zu haben, weil — der „politische Kampf der Männer so unästhetisch“ sei. Solche Treibereien sind nur eine Karikatur des wirklichen Befreiungskampfes der Frau. Das ist die Wahrheit, mag sie den Frauenrechtlerinnen noch so bitter dünken. Die volle Befreiung des gesamten weiblichen Geschlechts wird erstritten im Klassenkampf des Proletariats. In ihm stehen Mann und Frau Seite an Seite, fest verbunden als Genossen einer Klasse, der die kapitalistische Ordnung ihr Menschentum streitig macht und die es nur ganz durch den Sozialismus gewinnen kann.

Die Bemühungen des reaktionären Mischmasches haben den Erfolg gezeitigt, daß die freien Gewerkschaften die Mehrheit im Vorstand der Ortskrankenkasse nicht mehr besitzen, wenn sie auch nach wie vor die meisten Versichertenvertreter stellen. Dieser „Erfolg“ wird den irreführten Wählern und Wählerinnen wohl bittere Enttäuschungen bereiten.

Die älteste Wählerin der Welt dürfte Mrs. Sarah Todd sein, eine Schwägerin von Abraham Lincoln, dem berühmten Präsidenten der Vereinigten Staaten und ganzen Manne, der bekanntlich wegen seines Kampfes gegen die Sklaverei durch Würderhand fiel. Frau Todd zählt 103 Jahre und lebt in Eugene, einer Stadt Oregons. Kürzlich durfte sie zum erstenmal wählen gehen. Als sie gefragt wurde, ob sie ihr Wahlrecht ausüben wolle, antwortete sie heiter: „Warum sollte ich nicht wählen? Ich bin doch wirklich alt genug dazu.“

Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Frauen als Beisitzerinnen der Handwerksammer Mannheim sollen künftig amtieren können. Eine Vollversammlung der genannten Körperschaft hatte sich mit einer Statutenänderung zu befassen, die den Frauen den Eintritt in die Leitung der Handelskammer ermöglichen soll. Die neue Fassung des Statuts lautet: „Die Beisitzer müssen den Gewerben, für welche der Prüfungsausschuß erachtet ist, angehören und zur einen Hälfte Handwerker sein, welche zu Mitgliedern der Handwerksammer wählbar sind — und zwar ohne Rücksicht auf das Geschlecht, sofern sie im übrigen den zur Bestellung als Schöffen gestellten Bedingungen der §§ 31, 32 des Gerichtsverfassungsgesetzes entsprechen —, und zur anderen Hälfte Gesellen, welche zu Mitgliedern des Gesellenausschusses wählbar sind und die Gesellenprüfung abgelegt haben.“

Verschiedenes.

Die Frau hat in der Gemeinde zu schweigen. Mit diesem Grundsatz hat die katholische Kirche Jahrhunderte hindurch die Rechtlosigkeit der Frau in der Familie und in der Gesellschaft begründet. Das Zentrum, als die politische Vertretung des Klerikalismus, hat diesen Grundsatz bis heute aufrechterhalten. Aber das Zentrum kann auch anders. Die Gründung der „Volksfürsorge“ hat den alten Grundsatz ins Wanken gebracht. Die geistlichen Stützen des Zentrums versprechen sich für ihre gefällige Bekämpfung der „Volksfürsorge“ bei den Arbeitern offenbar keinen Erfolg. Sie versuchen's daher bei den Frauen, um auf dem Umweg über diese dem verhassten Versicherungsinstitut Schaden zuzufügen. In der Pfarrei Akenorf bei Gelsenkirchen wurden die Frauen zu einer öffentlichen Versammlung zusammenberufen, von dem Kaplan Surholz begrüßt und von dem Pfarrer Nötter scharf gemacht, dafür zu sorgen, daß ihre Männer sich dem katholischen Volksverein anschließen. Zwischen diesen beiden geistlichen Agitatoren besprach ein Arbeitersekretär „Die Aufgaben der katholischen Frau in der Gegenwart“. Dieser Frauenberater sagte nach dem Bericht der „Gelsenkirchener Zeitung“:

„Ein neuer Feind, der das christliche Familienleben bedroht, sei in neuester Zeit in der sozialdemokratischen Volksfürsorge entstanden. Mit ihr würden meistens die Frauen zu tun haben, da die Männer auf der Arbeitsstätte zu tun haben dürften, wenn die Agitatoren kommen. Durch ein materiell gutes Anerbieten verschafften sich diese Zugang zu den Familien. Die Anbahnung des Versicherungsverhältnisses sei die erste Fesselung an die Sozialdemokratie. Nachdem der Redner den Frauen noch auseinandergesetzt hatte, daß die Volksfürsorge durch die ungeheure Ansammlung von Geldmitteln sich zu einem „Selbstlebensinstitut für den Mittelstand der Hausbesitzer entwickeln werde“, kam er auf's Geschäft und empfahl die katholische Leokasse!“

Die Angst wirkt erheiternd, mit der die Klerikalen den Erfolgen der „Volksfürsorge“ entgegensehen, die auch den katholischen Arbeiterfamilien durch „ein materiell gutes Anerbieten“ die Versicherung in uneigennütziger Weise möglich macht. Die „Volksfürsorge“ „ein Feind, der das christliche Familienleben bedroht“, das glauben bald die katholischen Frauen nicht mehr. Auch sie werden sich ja überzeugen, daß die „Volksfürsorge“ nur den einen Zweck hat, allem Volk die Fürsorge für die schweren Zeiten — die auch in christlichen Familien nicht ausbleiben — zu ermöglichen! k. h.

Literarisches.

Ein proletarisches Märchen. Im Dresdener Parteiverlag erschien ein neues Kinderbuch von Robert Gröbisch, der den Leserinnen der „Gleichheit“ längst aus einer Reihe lustiger Erzählungen für Kinder bekannt ist, wie auch als Verfasser der frischen Geschichten: „Verschrobenes Volk“. Das neue Buch trägt den lockenden Titel: *Muz, der Riese*.* Wir bekommen damit ein langersehntes sozialistisches Kinderbuch, geschrieben für die Jugend der letzten Schuljahre, geschrieben mit dem künstlerischen Takt eines Sozialisten, der den jugendlichen Lesern sozialistische Gefühlswerte zu vermitteln weiß, ohne ihnen eine unkindliche Erkenntnis von außen her aufzudrängen. Die glücklichste Form, in der die Aufgabe gelöst werden konnte, war die des Märchens. Eine erdichtete Welt wird hier zum schärferen Spiegelbild der wirklichen, gegenwärtigen und der erstrebten sozialistischen Welt gemacht. Diese zwei Welten, auf die denkbar einfachste Formel gebracht und dann ins Märchenhaft-Groteske übertrieben, stellt Robert Gröbisch einander gegenüber. Und zwischen beiden Welten steht Muz, der Riese, ein vierzehnjähriger Schuljunge, ausgestattet mit allen Tugenden und Untugenden seines Alters. Er wird eines Tages als Opfer seiner Neugier in das Zwergenland Winzigantien verschlagen, in dem die Schmalhäuse von den Zahlhäusen bedrückt werden. Dort wird Muz in einer Kette von Abenteuern in die märchenhafte Zwergenwelt verstrickt mit ihren Gegenfächen von Schmalhäusnot und Zahlhäusluzus. Er begreift dabei nicht die Befreiungsrolle, die ihm die Schmalhäuse in ihrem Glauben an die Prophezeiung des Propheten Donnerwort aufdrängen. So wirkt sein Dasein nur als die äußere Ursache der Befreiung, die die Schmalhäuse am Ende eines Krieges gegen das Nachbarland Wunderbarien aus eigener Kraft vollbringen. Muz macht sich währenddessen durch seine nicht zu zügelnde Jungennatur im Lande der Wunderbarier unmöglich, die, von keiner oberen Klasse beherrscht, ein freies Volk sind. Schließlich führt Storch Schwarzrad Muz, den Riesen, in die Heimat zurück.

Das ist in größten Umrissen die märchenhafte Fabel des Buches, in dem es von Episoden, Symbolen und Gestalten wimmelt. So ist ein sozialistisches Kinderbuch entstanden, das sich obendrein durch lebendige, kräftige Form und ferngefundenes Humor auszeichnet, ein Kinderbuch, wie wir es sehr nötig brauchen. Und es ist nicht nur ein Kinderbuch. Auf Muz trifft zu, was von allen guten Kinderbüchern gilt: auch der Erwachsene legt das Märchen nicht eher aus der Hand, bis er es zu Ende gelesen hat. Ihm zeigt es sein zweites Gesicht, ihm wird es zu einem satirisch-grotesken Spiegelbild der Welt, die um uns ist und gegen die sich unser Kampf richtet. Er sieht hinter der märchenhaften Symbolik des Buches die Kräfte unsrer Tage, die verkleidet in den Zaubermächten wiederkehren, die auf der Zwergeninsel wirken. Er erkennt auch die rein menschlichen Züge, mit denen der Verfasser seine Zwerge ausstattete, und so sich selbst davor bewahrte, billig zu idealisieren oder tendenziös zu übertreiben. Man müßte das Buch Seite um Seite durchblättern, wollte man auf alle seine Vorzüge hinweisen. Seinen Gehalt in einer knappen Besprechung erschöpfen zu wollen, hieße den Versuch machen, einen buntgewebten Teppich in einer Streichholzschachtel zusammenzupressen.

Der Verlag hat der Ausstattung des Buches alle Sorgfalt zuteil werden lassen. Es zeichnet sich durch gutes Papier, großen, lesbaren Druck und gediegene Einband aus. Der Dresdener Maler Georg Erler zeichnete den Einband und dreißig Bilder, die den Reiz der Veröffentlichung erhöhen. Alles in allem: dieses Buch sollte allen Arbeiterkindern in die Hand gegeben werden. Es ist das proletarische Märchenbuch, dessen Titel einst in den Kinderheftserinnerungen kommender Geschlechter fortleben wird.

Edgar Hahnwald.

* *Muz, der Riese*. Ein beiteres Abenteuermärchen von Robert Gröbisch. Mit Bildern von Georg Erler. Verlag von Kaden & Co., Dresden. 160 Seiten. Preis gebunden 2 M.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Klara Jettin (Zundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.
Druck und Verlag von J. G. W. Diez Nachf. G.m.b.H. in Stuttgart.